

Editorial

Heft 53 stellt in der Rubrik Archive und Bibliotheken die Tätigkeit des in Oer-Erkenschwick im nördlichen Ruhrgebiet beheimateten Archivs der Arbeiterjugendbewegung vor. Archivbibliothek, das Aktenarchiv sowie Sammlungen nichtschriftlichen Archivguts bieten umfangreiches Material insbesondere zur SJD – Die Falken nach 1945, zur Internationalen Falkenbewegung – Sozialistische Erziehung internationale (IFM-SEI) und zum Sozialistischen Hochschulbund(SHB). Mit der Sammlung historischer Bildpostkarten gegen Faschismus, Krieg und Kapital aus der Zwischenkriegszeit 1919–1939 wird auf einen einzigartigen Fundus aufmerksam gemacht. Ein weiterer Beitrag informiert über den Bibliotheks- und Archivbestand im August Bebel Institut Berlin.

Fortgesetzt wurde der Quellenfundbericht zu den Erinnerungen Artur Crispiens an den Kriegsausbruch 1914. Aufgenommen ist ein besonderes Zeitdokument aus der Geschichte der Leipziger Messe von 1961.

Das vorliegende Heft enthält Berichte zur 27. Sitzung des Kuratoriums des SAPMO im Bundesarchiv, zur Jahresversammlung der IALHI im September 2017 in Gent und zur 53. ITH-Tagung in Linz.

Mit dem Beitrag „Arbeit in der Krise – Gewerkschaftliche Krisendeutung und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien“ präsentiert sich Neues aus der Forschung. Wir freuen uns, den Vortrag von Eckhard Müller über Rosa Luxemburg im Spiegel von Berichten der politischen Polizei im Wilhelminischen Kaiserreich leicht gekürzt abdrucken zu können, der in der gemeinsamen Vortragsreihe von Bundesarchiv und Förderkreis am 12. Oktober 2017 gehalten wurde. Das hier publizierte Archivmaterial hat einen hohen Quellenwert.

Der Geschäftsbericht unseres Fördervereins für das Jahr 2017 wird auf diesem Wege allen Mitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Im Rezensionsteil werden aktuelle Publikationen vorgestellt, deren Autoren vielfach unsere Vereinsmitglieder sind, darunter auch das gemeinsam mit dem Archiv der sozialen Demokratie herausgegebene Supplement „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“.

Abschließend sei bemerkt: Den aufmerksamen Lesern wird es im Impressum schon aufgefallen sein. Das Redaktionsteam hat mit Dr. Holger Czitrich-Stahl Verstärkung erhalten.

Herausgeber und Redaktion

INHALT

| | |
|---|----|
| Editorial | 1 |
| <i>Herausgeber</i> | |
| Archive und Bibliotheken | |
| Bewegte Geschichte – das Archiv der Arbeiterjugendbewegung | 4 |
| <i>Dörte Hein</i> | |
| Gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Kapital. Eine einzigartige Postkartensammlung | 8 |
| <i>Linda Käfer</i> | |
| „Die kleine Schwester der Friedrich-Ebert-Stiftung“. Besuch im August Bebel Institut. | 11 |
| <i>Holger Czitrich-Stahl/Reinhard Wenzel</i> | |
| Besondere Zeitdokumente | |
| Artur Crispiens Erinnerungen an den Kriegsausbruch 1914. Quellenfundbericht, Teil 2 | 15 |
| <i>Holger Czitrich-Stahl</i> | |
| Die Messe, die am Boykott ersticken sollte | 18 |
| <i>Siegfried Prokop</i> | |
| Tagungen und Konferenzen | |
| 27. Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 24. April 2017 | 24 |
| <i>Günter Benser</i> | |
| Konferenz „Digital Dreams – Information Technology, Social History Research and the Future of Archives, Museums and Libraries“ (Gent, 6.–9. September 2017) | 26 |
| <i>Christian Koller</i> | |
| 53. ITH-Tagung „Welten der Arbeit auf den Kopf gestellt – Revolutionen und Arbeitsbeziehungen in globalhistorischer Perspektive“ in Linz (21.–23. September 2017) | 28 |
| <i>Holger Czitrich-Stahl</i> | |
| Neues aus der Forschung | |
| Arbeit in der Krise – Gewerkschaftliche Krisendeutungen und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien | 31 |
| <i>Ralf Hoffrogge</i> | |

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht 2017 des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. 33

Aktivitäten der Vereinsmitglieder

Zur Website von Holger Czitrich-Stahl 38
Rainer Holze

Personalia

Nachruf: Narihiko Ito (1931–2017) 40
Annelies Laschitza

Vorträge

Rosa Luxemburg im Spiegel von Berichten der politischen Polizei im Wilhelminischen Kaiserreich in den Bänden 6, 7/1 und 7/2 der „Gesammelten Werke“ 41
Eckhard Müller

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2017 (*Wulf Skaun*) 53

Andreas Heyer: Der gereimte Genosse. Goethe in der SBZ/DDR, Tectum Verlag, Marburg 2017 (*Siegfried Prokop*) 55

Siegfried Prokop: "Die DDR hat´s nie gegeben": Studien zur Geschichte der DDR 1945 bis 1990, edition bodoni, Berlin 2017 (*Alexander Amberger*) 56

Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden (Teil III). In memoriam Prof. Dr. Heinrich Gemkow, Helle Panke e.V., Berlin 2017 (*Heinz Sommer*) 59

Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2017 (*Walter Schmidt*) 60

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke (Hrsg.): Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung. Supplement, Bonn 2017 (*Kurt Metschies*) 62

Günter Benser: Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss. Verlag im Park, Berlin 2018 (*Siegfried Prokop*) 67

Archive und Bibliotheken

Bewegte Geschichte – das Archiv der Arbeiterjugendbewegung

Mit der Pluralisierung der Gesellschaft spätestens seit den 1960er Jahren ist die Gesellschaft bunter geworden. Vereine, Verbände, freie Gruppen und Bürgerinitiativen aus verschiedenen (alternativen) Kontexten, aus gesellschaftlichen Minderheiten und aus den Neuen sozialen Bewegungen sind aus dem kulturellen und politischen Leben nicht mehr wegzudenken. Allein die amtliche Überlieferung kann diese Pluralität von Gesellschaft nicht abbilden. Nicht selten füllen freie Archive daher diese Lücken und übernehmen einen wichtigen Teil von Gesellschaftsdokumentation – oder wie es in Archivreisen heißt; sie bewahren Ergänzungsüberlieferung. Hier ist auch die Tätigkeit des, in Oer-Erkenschwick im nördlichen Ruhrgebiet beheimateten, Archivs der Arbeiterjugendbewegung einzuordnen, das mit seinen Beständen zu Themen der historischen Kindheits- und Jugendforschung einen wichtigen Beitrag leisten kann. Zur Geschichte von Kindheit und Jugend im Arbeitermilieu gehören pädagogische Ansätze ebenso wie eigene kulturelle Ausdrucksformen von jungen Menschen, die wiederholt ihre Ansprüche und politischen Forderungen an die Gesellschaft, in der sie aufwachsen, formulieren.

Die Arbeiterjugendbewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als sich ausgehend von Berlin und Mannheim Lehrlinge und junge Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenschlossen, die ihre Interessen von Gewerkschaften und Parteien nicht ausreichend vertreten sahen. Diese Jugendlichen wollten einerseits die Verbesserung ihrer Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, andererseits aber auch mehr Freizeit und vermehrte Bildungschancen. Letztlich ging es auch um die Möglichkeit, an einer Jugend teilhaben zu können, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der bürgerlichen Jugendbewegung bereits einen eigenen kulturellen Ausdruck gefunden hatte. Während *Jugend* jedoch als Konzept in die erwachsene Arbeiterbewegung integriert wurde, um eine Ausbildung von proletarischem Klassenbewusstsein und der davon abgeleiteten positiven Haltung einer sozialistischen Gesellschaftsutopie gegenüber zu erreichen, waren die Abgrenzungsprozesse gegenüber der älteren Generation in bürgerlichen Jugendbewegung stärker ausgeprägt.

Die Arbeiterjugendbewegung durchlief bis zum Verbot ihrer Organisationen durch die Nationalsozialisten 1933 verschiedene Transformations- und Abspaltungsprozesse und unterlag damit auch spontanen und nicht-organisierten Aktivitäten. Die Bewegung umfasste eine Vielzahl an Organisationen und Gruppierungen, die zum größten Teil ebenfalls als Vorfeldorganisationen der sozialdemokratischen sowie kommunistischen Parteien gelten können. Mit dazu zählen u.a. die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), die Sozialistische Proletarierjugend (SPJ), die Jugendabteilungen der Gewerkschaften, des Arbeitersports, des Arbeiter-Samariter-Bundes und des Touristenvereins Naturfreunde e.V. und insbesondere auch die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, eine laienpädagogische Bewegung, die das in den genannten Jugendverbänden vielangewandte Konzept der Sozialistischen Erziehung vertrat. In diese flossen Ideen der Reformpädagogik ein, um ein am Kinde orientiertes Erziehungskonzept zu entwickeln, das einerseits erzieherische Defizite der Arbeiterfamilien kompensieren, andererseits Kinder explizit zu bürgerlicher Partizipation innerhalb der jungen Demokratie befähigen sollte. Praktische Umsetzung erfuhren diese Ideen in Form von eigens organisierten Zeltlagern (Kinderrepubliken) oder auch der ganzjährig stattfindenden Gruppenarbeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Traditionsstränge der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderfreunde in der neu gegründeten SJD – Die Falken aufgegriffen und bis heute weiterentwickelt. Neben der SJD – Die Falken knüpften noch weitere Jugendorganisationen an die Tradition der Arbeiterjugendbewegung an. In diesem Rahmen sind u.a. die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreundejugend, das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt, die Solidaritätsjugend Deutschlands oder auch die Jungsozialisten in der SPD zu nennen.

Angesichts der historischen Bedeutung der Arbeiterjugendbewegung entschloss sich der Bundesvorstand der Sozialistischen-Jugend Deutschlands – Die Falken Mitte der 1970er Jahre ein Archiv für die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung zu gründen. Durch die Einflüsse der Studentenbewegung und der Neuen Linken in den 1960er Jahren fand ein Wechsel in dem Jugendverband statt. Traditionen brachen ab, neue Formen der Jugendverbandsarbeit wurden ausprobiert. In diesem Zusammenhang setzte eine starke historische Bewusstseinsbildung und Entwicklung expliziter Geschichtsbilder ein. Das erste Archivgebäude wurde schließlich 1983 neben dem Salvador-Allende-Haus, einer der

beiden Bundesbildungsstätten der SJD – Die Falken, errichtet. Das Vorhandensein des Archivs ermöglichte auch die Herstellung von Kontakten zu ehemaligen Mitgliedern der Arbeiterjugendbewegung, die nun zum einen gerettete Materialien an einem sicheren Ort wussten und sich zum anderen im Rahmen von größeren Zeitzeug*inneninterviews als Gesprächspartner*innen zur Verfügung stellten. In den 1980er und 1990er Jahren erlebte die jugendhistorische Forschung im Themenfeld der Geschichte der Arbeiterjugendbewegung ihren Höhepunkt. Die gleichzeitige intensive Sammlungstätigkeit des Archivs war so erfolgreich, dass 20 Jahre nach seiner Gründung eine Erweiterung des Gebäudes nötig wurde. Seit der Fertigstellung des Erweiterungsbaus 2005 verfügt das Archiv über drei Magazinräume, die mit ca. 4 000 Regalmetern gegenwärtig ausreichend Raum zur Lagerung des Bibliotheks- und Archivguts bieten.

Die Bestände des Archivs gliedern sich in die Archivbibliothek, das Aktenarchiv sowie Sammlungen nichtschriftlichen Archivguts. In dem Erweiterungsbau befindet sich die Archivbibliothek mit ca. 40 000 Bücher und Broschüren und ca. 4 000 Zeitschriftentitel, die als Periodika und zum Teil im Rahmen der für einige Titel geführten Artikelbibliographie recherchierbar sind. Hinzu kommt eine Spezielsammlung von 660 Fußball-Fanzines (Periodika), die sich besonders dadurch auszeichnen, dass diese durch Jugendliche oder junge Erwachsene ohne redaktionelle Kontrolle und für eine begrenzte Gruppe von Fußballfans erstellt wurden. Die Betonung unabhängiger Meinungen über Spielgeschehen und Fanverhalten gehörte ebenso zum Inhalt wie auch der mitunter ironisch humorvolle Unterton des Schreibenden. Diese Fußball-Fanzines sind eine der größten öffentlich zugänglichen Sammlungen dieser Art in Deutschland.

Den Kern des Archivs bilden die Aktenbestände. Schwerpunkte sind hier die Überlieferungen der SJD – Die Falken nach 1945 (Bundesvorstand und Gliederungen), der Internationalen Falkenbewegung – Sozialistische Erziehungsinternationale (IFM-SEI) mit Sitz in Brüssel sowie der abgeschlossene Bestand des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB). Außerdem lagert ein kleiner Bestand einer Migrantenselbstorganisation hauptsächlich türkischstämmiger Kinder- und Jugendlicher, der DIDF-Jugend (Demokratik Isci Dernekleri Federasyonu – Föderation der demokratischen Arbeitervereine), die sich selbst politisch in der Arbeiterjugendbewegung verortet, in den Ma-

gazinräumen. Hinzu kommen im Archiv angelegte Sammlungen von Materialien zur Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) und den Kinderfreunden, die in privater Hand Diktatur und Krieg oft sorgfältig verborgen überlebten. Die Organisationsakten werden ergänzt durch Bestände aus dem Besitz privater Personen, die oft tiefe Einblicke in die lebensgeschichtliche Bedeutung der Jugendorganisationen bieten, aber auch die Organisationsüberlieferungen ergänzen. Weiterhin verfügt das Archiv über Bestände aus abgeschlossenen Forschungsprojekten. Einen wichtigen Bestand bildet die fotografische Sammlung, die ca. 30 000 Einzelfotos von den Anfängen der Bewegung bis heute umfasst. Daneben dokumentieren Sammlungen von Plakaten, Flugblättern, Postkarten, Textilien, Film- und Tondokumenten sowie eine Vielzahl an lebensgeschichtlichen Interviews die Vielfalt der Kultur der Arbeiterjugendbewegung.

Das Archiv der Arbeiterjugendbewegung steht als öffentliche Einrichtung allen Interessierten offen. Mit seinen archivpädagogischen Workshops und Vorträgen ermöglicht es Kindern und Jugendlichen einen Einblick in die Geschichte der eigenen Lebenswelt und des gewachsenen Selbstverständnisses der Organisationen der Arbeiterjugendbewegung zu bekommen. Zudem verfügt das Archiv über einen Arbeitsraum für Nutzerinnen und Nutzer mit einer eigenen Handbibliothek. Das Bibliotheks- und Sammlungsgut kann online über die Homepage des Archivs recherchiert werden. Auskunftswünsche zu den Aktenbeständen können aber telefonisch oder per Mail an das Archiv gerichtet werden. Schließlich sei noch erwähnt, dass die tägliche Arbeit ohne die ideelle und finanzielle Unterstützung der mittlerweile knapp 700 Mitglieder des Förderkreises „Dokumentation der Arbeiterjugendbewegung“ nicht möglich wäre. Dieser Förderkreis setzt sich u.a. aus ehemaligen und derzeitigen Aktiven linker Jugendverbände, sowie Personen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und pädagogischer Praxis zusammen. Hieran scheint sich die Annahme zu bestätigen, dass die Einbettung von Archiven sozialer Bewegungen in die Bewegungsstruktur das persönliche Verhältnis zwischen Materialgebenden und Archiv ermöglicht und dadurch eine fortwährende Vertrauensbasis erst geschaffen werden kann.

Dörte Hein

Kontaktdaten: Archiv der Arbeiterjugendbewegung, Dörte Hein, Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick, Tel.: 02368-5593

Email: archiv@arbeiterjugend.de, www.arbeiterjugend.de

Gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Kapital. Eine einzigartige Postkartensammlung

In Hamburg hat sich in den zurückliegenden 15 Jahren eine Sammlung etabliert, die ausschließlich historische Bildpostkarten gegen Faschismus, Krieg und Kapital im Fundus hat. Chronologisch beschränkt sich die Sammlung auf die Zwischenkriegsjahre 1919 bis 1939. Die Herkunft der Karten kennt hingegen keine Grenzen, gesucht und gesammelt werden Karten aus allen Ländern. Aufnahme finden keineswegs nur Originale. Der Sammler René Senenko (60 J.) schreibt häufig Archive und Museen an, und so gehören auch zahlreiche Digitalisate von Karten zum Fundus. Der Gesamtbestand dürfte sich auf etwa 1000 politische Bildpostkarten beziffern.

Senenko ist zwar Mitarbeiter der Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. Hamburg. Aber bei diesem überschaubaren Bestand an Postkarten handelt es sich um eine von René Senenko privat aufgebaute Sammlung. Und wie es häufig in Geschichtsvereinen so geht, laufen alle seine Aktivitäten im Zusammenhang mit den Postkarten unter dem Dach der Willi-Bredel-Gesellschaft, in der er seit 1993 Mitglied ist.

Die Bezeichnung „Propagandapostkarten“ hört René Senenko nicht so gerne. „Lassen Sie uns diese Karten nicht wieder in die all zu große Schublade der ‚Propagandapostkarten‘ stecken“, sagt er. „Sicher enthalten alle Karten gegen Krieg und Faschismus auch Momente der Propaganda. Aber vorrangig handelt es sich hier um Spendenpostkarten aus Parteien, Gewerkschaften und Vereinen der Arbeiterbewegung, aus Antikriegsinitiativen, häufig von bekannten Künstlerinnen und Künstlern entworfen. Käthe Kollwitz, Frans Masereel, Heinrich Vogeler und John Heartfield waren sicher die bekanntesten.“ Und so nennt Senenko solche Karten nicht Propagandapostkarten, sondern „politische Bildpostkarten“. oder schlicht „politische Postkarten“.

Bisher hat Senenko in drei Ausstellungen Postkarten aus seinem Fundus öffentlich vorgestellt. Die jüngste und bisher umfangreichste Schau wurde im Herbst 2017 in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Hamburg-Eimsbüttel in der „Galerie Morgenland“ gezeigt. Zu sehen waren nicht etwa Originalkarten, sondern 25 Tücher aus Vliesstoff im A2-Format, auf denen rund 150 Postkarten reproduziert waren. „Erstmals gibt diese Ausstellung einen Überblick über das ganze Spektrum

der Sammlung. Da das Thema der Ausstellung ‚Solidarität‘ heißt, ist es möglich, die beeindruckende Internationalität, die sich in Postkarten gegen Faschismus und Krieg spiegeln kann, zu zeigen“, so René Senenko bei einer Führung durch die Ausstellung. Vielleicht verdeutlichen die Überschriften der 25 Tafeln am besten, welche Ereignisse und Gesichtspunkte in der Ausstellung überhaupt Berücksichtigung fanden: 1919 – Die neue Epoche; Revolutionäre; Maipostkarten ab 1919; Klassenjustiz; Hinter Gittern; Willi Münzenbergs „Internationale Arbeiterhilfe“; Rote Hilfe; Antikolonialismus; Arbeiterkultur; Streik; China ab 1927; USA 1932-1934; Krieg dem Kriege; Reichstagsbrand; Juden 1933/34; Free Thaelmann; No Pasaran! (4 Tafeln zum Spanienkrieg 1936-1939); Faschismus. Es existieren weitere acht Tücher, die in der Galerie keinen Platz mehr fanden, zum Beispiel zum Mord an Matteotti im Jahr 1924, zu den Kolonialkriegen in der Zwischenkriegszeit, zu Italiens Überfall auf Äthiopien 1935 und über Opfer des faschistischen Terrors sowie über antifaschistische und pazifistische Schriftsteller.

Weitere Ausstellungen sollen folgen. Ein Vorzug der Ausstellungsform ist, dass eine jede der insgesamt 32 Vliestücher thematisch in sich abgeschlossen ist. So lassen sich künftige Ausstellungen leicht neu komponieren.

Zwar liegt ein Katalog bisher weder von den Ausstellungen noch zum Fundus vor. Doch wer sich einen Überblick über aussagekräftige Exemplare der Sammlung verschaffen will, kann sich auf der im Aufbau befindlichen Internetseite www.proletcard.info umsehen, die von Senenko selbst redigiert wird.

Linda Käfer, Norderstedt

Literatur:

René Senenko: Gegen Faschismus, Kriegsgefahr und Kapital. Ein Postkarten-Projekt. In: Rundbrief Fotografie (Marburg und Stuttgart), vol. 23, Nr. 2, Juni 2016, S. 49-55, ill.

Joel Fischer: Politik im Kleinformat - René Senenko sammelt politische Postkarten. In: Das Archiv – Magazin für Geschichte der Kommunikation (Frankfurt/M.), Nr. 4, Dezember 2017, S. 58-61, ill.

„Die kleine Schwester der Friedrich-Ebert-Stiftung“ Besuch im August Bebel Institut

In der zweiten Etage des Kurt-Schumacher-Hauses der Berliner SPD in der Müllerstraße 163 im Wedding befindet sich das „August Bebel Institut“ mit seiner Bibliothek und seinem Archiv, der Galerie im Erdgeschoss sowie einigen wenigen Büroräumen. Hier hatte ich mich mit Reinhard Wenzel, dem Bildungsreferenten des Instituts, der auch für Zeitgeschichte, Bibliothek und Archiv zuständig ist, zu einem Gespräch verabredet. Das August Bebel Institut kann als eine Art „kleine Schwester der Friedrich-Ebert-Stiftung“ in Berlin eingeordnet werden, es handelt sich nicht um eine Einrichtung der SPD, sondern um eine parteinahe Stiftung, die sich auf den Berliner Raum konzentriert, ähnlich etwa wie die Helle Panke. Das ABI will durch seine Veranstaltungen und Bildungsangebote zur Demokratieentwicklung beitragen, Diskurse und stadtpolitische Debatten anregen und die Politik in Berlin konzeptionell unterstützen.

Das ABI wurde 1947 von sozialdemokratischen Verlegern gegründet, deren Anliegen es war, die junge Demokratie durch Bildungsarbeit zu unterstützen. Zu ihnen gehörten der spätere Regierende Bürgermeister Otto Suhr und der Herausgeber des Telegraph, Arno Scholz. Eberhard Hesse und Otto Bach leiteten es von Beginn an bis 1972 gemeinsam als Geschäftsführer. Zunächst war das Institut im „Haus der Wannseekonferenz“ untergebracht, später im Haus der Berliner SPD. Bedeutung gewann das Institut durch Reinhard Gericke, der es von 1988 bis zu seinem Tod im Jahr 2000 leitete. Nach dem Ende der DDR kümmerte sich das ABI intensiv um die kommunalpolitische Fortbildung engagierter Menschen aus den östlichen Bezirken. Gericke folgten als Geschäftsführer Enrico Troebst (2000–2007, seit dem 1.1.18 erneut) und Ingo Siebert (2007–2017).¹

Der Name August Bebel wurde in der Zeit des beginnenden Kalten Krieges gewählt, um das Erbe des wichtigen Vorkämpfers der Arbeiterbewegung nicht der SED zu überlassen, wie Reinhard Wenzel hervorhob. Das Erbe Bebels wird heute im Rahmen gelegentlicher „Bebel-Lectures“ gepflegt, sein Bild aber auch als buntes Pop-Art-Porträt gezeigt. Eine Konkurrenz zu den Bildungseinrichtungen in der Nähe anderer Parteien gibt es nicht mehr; ganz im Gegenteil, es werden oft Histo-

¹ Ausführliche Informationen sind der Webseite zu entnehmen: <http://www.august-bebel-institut.de>.

riker*innen aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Veranstaltungen eingeladen.

Zu den Schätzen des Archivs gehört ein Ordner mit Lebensläufen der Abgeordneten und Bezirksverordneten der SPD von 1946–1950, die vor einer Kandidatur präzise Angaben zu ihrer politischen Laufbahn und politischen oder gewerkschaftlichen Funktionen machen mussten. So sollte verhindert werden, dass sich Menschen, die in die NS-Diktatur verstrickt waren, für SPD-Mandate bewerben konnten. Es findet sich auch eine von Michael Müller gespendete Mitgliederkartei der SPD-Tempelhof aus den 1980er Jahren, die überraschend viele türkische Namen enthält. Er kommt öfter vor, dass alte SPD-Parteibücher oder Andenken beim ABl abgegeben werden. So finden sich z.B. Parteibücher der SPD-Wilhelmsruh um 1900 und die letzte Steuererklärung August Bebels von 1913 im Original hier.

Weiter findet man im Archiv Jahresausgaben des „Vorwärts“ und der „Berliner Stimme“, Dokumente der Berliner SPD und der Jungsozialisten, zahlreiche Zeitschriften aus dem SPD-Spektrum, aber auch den Berliner Extra-Dienst der Außerparlamentarischen Opposition aus den Jahren 1967–1969. Noch ungeordnet, aber ein zeitgeschichtliches Kleinod ist ein Ordner mit seltenen Flugblättern aus der Weimarer Republik und dem Faschismus. Auch Teile des ehemaligen Franz-Neumann-Archivs lagern nun hier.

In der Bibliothek des ABl finden sich sämtliche Parteitageprotokolle der SPD und ihrer Vorläufer seit 1869. Weiterhin sind die Protokolle der Parteitage der Berliner SPD nach dem Zweiten Weltkrieg verfügbar. Auch bibliographische Handbücher oder archivalische Schriften der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) können benutzt werden. Gleiches gilt für die SPD-Jahrbücher sowie einen reichen Fundus an sozialdemokratischen Publikationen aus allen Epochen der Parteigeschichte. Auch die Berliner Stadtgeschichte kommt nicht zu kurz. Die Auswahl an Publikationen zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung ist ansehnlich, auch Schriften und Berichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der SI seit 1889 werden vorgehalten. Wer sich näher mit dem reichen sozialdemokratischen Vereinswesen befassen möchte, findet in der Bibliothek reichhaltiges Material vor. Nicht zuletzt ist auf die vorhandenen sozialdemokratischen Publikationen zur kommunistischen Bewegung hinzuweisen und auf die Literatur zur deutschen Frage, zur

Entspannungspolitik und über das Verhältnis zur DDR überhaupt nach 1949.

Zu den Filetstücken gehört die Sammlung der Werke von und über prominente Sozialdemokraten seit der Kaiserzeit. Natürlich kommt dort August Bebel besonders zur Geltung, ebenso wie die komplette MEW-Reihe. Imposant sind auch die Bücher von Karl Kautsky und Eduard Bernstein, zum großen Teil in Originalausgaben, die Berliner Ausgabe der Reden und Schriften Willy Brandts sowie die Titel von und über Ernst Reuter. Die Bandbreite der sozialdemokratischen Autorinnen und Autoren reicht alphabetisch von Otilie Baader bis Clara Zetkin, politisch vom radikalen Marxismus bis zum Sozialliberalismus. Die Sammlung ist gewiss nicht vollständig, aber repräsentativ.

Ein Anliegen des ABI, dieser Hinweis war Reinhard Wenzel sehr wichtig, gilt auch der Behandlung von Geschichte aus einer Widerstandsperspektive. Das betrifft den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen Hitler, aber auch den der Jüdinnen und Juden, die Behandlung der Genozide z.B. an den Armenier*innen (1915/16) und den Herero und Nama (1904–1908).

Es muss gesagt sein, dass die Bibliothek und der archivalische Bestand nur einen kleinen Teil der Tätigkeit des August Bebel Instituts darstellen. Das Institut betreibt in erster Linie Bildungsarbeit, die sich auf allgemeinpolitische, kommunalpolitische und zeitgeschichtliche Themen konzentriert. Viermal im Jahre wird in der Galerie eine Kunstausstellung gezeigt, die mit politischen und historischen Veranstaltungen umrahmt wird. Eine Ausstellung widmete sich z.B. Lebers Kohlenhandlung. Sie zeigte im Kern eine Serie des Fotografen Berthold Prächt, die Paare auf einer Bank vor der Kohlenhandlung zeigte. Eine Pose, die auch von Annedore und Julius Leber bekannt ist. Die Ausstellung bot Anlass zur näheren Auseinandersetzung mit Leben und Wirken der Ehepartner, zu einer Führung durch die „Rote Insel“ in Schöneberg, einer Diskussion über die kommunale Auseinandersetzung über den Gedenkort und brachte näheren Kontakt zum von Annedore Leber gegründeten Berufsbildungswerk Berlin. Aus dem Ordner der Bewerber*innen für SPD-Mandate aus der Nachkriegszeit kam hier auch der Originallebenslauf Annedore Lebers zur Geltung. Hier greifen Archiv, Bibliothek und Bildungsarbeit direkt ineinander.

Archiv und Bibliothek des ABI sind Präsenzinstitutionen, d.h., man kann nichts entleihen. Nach Vereinbarung kann aber vor Ort geforscht

werden. Auch bei gezielten Anfragen wird das ABI gern tätig, bekräftigte Reinhard Wenzel.

Fazit: Wer zu Fragen der Berliner Arbeiterbewegung arbeitet, sollte auf jeden Fall dem ABI einen Besuch – oder auch mehrere – abstatten.

Holger Czitrach-Stahl/Reinhard Wenzel

Wissenswertes aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung

In der Stiftung wurde auf Beschluss des Vorstandes das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus gebildet. In diesem Zentrum sind der Gesprächskreis Geschichte, die Fokusstelle Rosa Luxemburg und das Archiv Demokratischer Sozialismus (einschließlich der Bibliothek) zusammengeführt worden.

Das Archiv umfasst vor allem Überlieferungen der Fraktion Die LINKE beziehungsweise der PDS und einzelner Mandatsträger sowie des Parteivorstandes. In jüngster Zeit wurden vor allem Bestände der 2017 aus dem Bundestag ausgeschiedenen Abgeordneten der LINKEN übernommen. Zu den aktuellen Bestandszugängen zählen Akten der Schiedskommission von PDS und LINKE. Gearbeitet wird an der Erschließung des Bestandes Lothar Bisky. Zu einem gewissen Abschluss kam ein Audiodigitalisierungsprojekt über die Sitzungen der Bundestagsfraktion.

Die Bibliothek, die derzeit über 20.000 Medieneinheiten umfasst, arbeitet als Präsenzbibliothek. Hervorhebenswert sind etwa 1.500 Zeitschriften, die auch in die Zeitschriftendatenbank der Deutschen Nationalbibliothek eingestellt wurden. Der Bibliothekskatalog nutzt das neue Bibliothekssystem KOHA. Nach Abschluss der Datenmigration und einer Testphase ist der Katalog zur Recherche auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung freigeschaltet worden.

<https://library.rosalux.de>]

Nachdem der Stiftung Mittel für ein eigenes Stiftungsgebäude bewilligt und am 17. August 2017 die Baugenehmigung erteilt wurden, erfolgte am 30. Oktober 2017 der symbolische erste Spatenstich. Das Baugrundstück befindet sich in unmittelbarer Nähe des jetzigen Sitzes der Stiftung, am Ostbahnhof auf dem Areal des ehemaligen Postbahnhofes. Wenn keine unvorhersehbaren Schwierigkeiten auftreten, ist Ende 2019 mit der Übergabe des Gebäudes an die Stiftung zu rechnen.

Aufmerksamkeit verdient das Internetportal marx200.org, das interessante Informationen zum 200. Geburtstag von Karl Marx und 150. Jahrestag des Erscheinens des ersten Bandes des „Kapitals“ bietet.

Bei dieser Gelegenheit sei der Rosa-Luxemburg-Stiftung dafür gedankt, dass sie mit einem finanziellen Zuschuss das von uns geplante Symposium „Die Novemberevolution und ihre Räte“ unterstützt.

Günter Benser

Nach dem Gemeinsamen Bericht von Vorstand und Geschäftsführung für die Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 2. Dezember 2017.

Besondere Zeitdokumente

Artur Crispiens Erinnerungen an den Kriegsausbruch 1914. Quellenfundbericht, Teil 2

Neben den in Heft 52 der „Mitteilungen“ vom September 2017 vorgestellten Tagebuchnotizen existieren zwei weitere Texte von Artur Crispien (1875–1946) in seinem Nachlass im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, die sich mit dem Kriegsausbruch 1914 und der Haltung der Sozialdemokratie auseinandersetzen. Der ehemalige USPD-Vorsitzende hinterließ dem genannten Archiv bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Dokumente aus den Jahren 1914–1946.

Crispien zeichnete in diesen beiden maschinenschriftlich verfassten Erinnerungen¹ die Haltung der Sozialdemokratie und auch der Internationale bis zum 31. Juli 1914 sowie die auf den Krieg abzielende Diplomatie des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns nach. Crispiens Ausführungen stellen eine weitere zeitgenössische Barriere gegen die heutige Relativierung der Verantwortung für den Kriegsausbruch durch die These der „Schlafwandler“ von Christopher Clark auf und sind allein deshalb schon beachtenswert.

In seinem sechsseitigen Text „Keinen Tropfen Blut für imperialistische Profitinteressen“ hielt Crispien eine Rückschau auf die Position der deutschen Sozialdemokratie zu einem bevorstehenden Krieg: „Seit Jahren stand die Sozialdemokratie in vollständiger Geschlossenheit im Kampf gegen den Krieg. Vor allem hat Bebel unermüdlich auf die immer bedrohlicher herannahende Katastrophe und auf die Pflicht der Sozialdemokratie, nicht zu kapitulieren, hingewiesen.“ (S.1) Im Folgenden zitierte Crispien, der zeitweilig von Stuttgart aus die „Gruppe Internationale“ unterstützte, aus Bebels Reden auf dem Magdeburger Parteitag 1910 und vor dem Reichstag zur Marokkokrise 1911. Ausgerechnet Eduard David, der ja von 1914–1918 einer der entschlossensten Architekten der „Burgfriedenspolitik“ mit der Reichsleitung werden sollte, sprach 1912 noch davon, dass im Falle eines österreichischen Angriffs auf Serbien und einem russischen Beistand für die Serben der Bündnisfall für das Deutsche Reich keinesfalls einträte, „denn das ist die einzige

¹ „Keinen Tropfen Blut für imperialistische Profitinteressen“ und „Das günstige Nu“, im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), NL Artur Crispien, 1/ACAA000004.

Friedensgarantie, die wir gegen die Wiener Militärpartei haben“, so David. (S.2) Ausführlich zitierte Crispien aus den Stellungnahmen der SPD vom 25. Juli anlässlich der Großkundgebungen und aus dem dazugehörigen Massenflugblatt, in dem sie anstelle der nationalistischen Aufwallung und des Krieges die internationale Solidarität der Arbeiterklasse beschwor. Interessant ist Crispiens Hinweis auf die Tätigkeit des Parteivorstands am 31. Juli, der Hermann Müller zu Absprachen mit der SFIO nach Paris entsandte mit der Aussage, die SPD würde gegen die Kreditbewilligung stimmen. Dies bestätigt auch die Wortmeldung Richard Fischers vom reformistischen Partei- und Fraktionsflügel, der erklärt hatte, nur ein Angriff Russlands auf Deutschland könne ihn zur Abkehr von der Ablehnung der Bewilligung bewegen, dann allerdings nur zu einer Enthaltung. (S. 5 f.)

Der zweite Text befasste sich mit der Eskalation der Julikrise durch die Diplomatie Österreichs und des Deutschen Reichs. Unmissverständlich Crispiens Fazit zur Klarheit der Position der SPD über den Charakter des Krieges: „Auf Sekretär- und Redaktionskonferenzen für das ganze Reich erörterten Bebel die politischen und Haase die staatsrechtlichen Probleme, die der kommende Krieg der Sozialdemokratie stellen wird. Auch über die Ursachen der Entwicklung zum Kriege bestand innerhalb der Sozialdemokratie volle Klarheit. Ebenso darüber, dass die Deutschen und die österreichischen Kriegstreiber, nachdem sie ihre Staaten genug aufgerüttelt hatten, nur noch auf einen Vorwand zum Losschlagen lauerten.“ (S.1) Alsdann folgte eine minutiöse Rekonstruktion der wichtigen diplomatischen Regungen und Überlegungen während der Julikrise. Die offiziellen Ruhedemonstrationen Wilhelms II. wie seine Nordlandreise verdeckten die gewaltgetränkte Rhetorik in seinen Bemerkungen an Wien. Britische Vermittlungsversuche wies der deutsche Kaiser schroff zurück. (S.5) Im Hintergrund schufen Wien und Berlin die militärischen und politischen Voraussetzungen für einen Krieg gegen Serbien, von dem alle Beteiligten wussten, dass er nicht „lokalisierbar“ bleiben, sondern sämtliche Bündnismechanismen in Gang setzen würde. Franz Josef II. – von Crispien irrtümlicherweise mehrfach als der I. benannt – : “Russland kann das nicht hinnehmen. Man darf sich nicht darüber täuschen, das wird ein großer Krieg.“ (S.6) Dabei wurde peinlich genau darauf geachtet, dass der in Petersburg weilende französische Präsident Raymond Poincaré vom österreichischen Ultimatum an Serbien vom 23. Juli möglichst lange nichts erfuhr, so dass französische Vermittlungsver-

suche nicht stattfinden konnten. (S.7) Bis zum 29. Juli, dem Datum des österreichischen Angriffs auf Belgrad, unternahm Großbritannien laut Crispian drei Versuche zur diplomatischen Deeskalation, die Wien und Berlin jedoch abwiesen. Noch am 30. Juli bemühte sich London um die Verhinderung eines Angriffs auf Frankreich über Belgien, doch Berlin blieb im Gegensatz zu Paris unnachgiebig. Auch Russland unternahm am 31. Juli noch einen Vorstoß zur Kriegsvermeidung. Stattdessen bedrängte Berlin Brüssel und brachte hiermit die deutsche Kriegsbeteiligung ins Rollen. Crispian: „Die Kriegsfurie ist auf allen Fronten entfesselt.“ Ein „Schlafwandeln“ wird durch diese Rekonstruktion schwer zu beweisen bleiben. Die Verantwortung von Berlin und Wien für den Kriegsausbruch hingegen bleibt eine Tatsache, der sich zu stellen ein Gebot der Wahrhaftigkeit bleibt.

Holger Czitrich-Stahl

Die Messe, die am Boykott ersticken sollte

Am 30. September kündigte die Bundesregierung das Interzonen-Handelsabkommen vom 20. September 1951 und alle Zusatzvereinbarungen zum 31. Dezember 1960. Als Anlass für diese schwerwiegende Entscheidung wurde die Einführung des Passierschein-Zwangs für Bundesbürger beim Besuch Ost-Berlins vom 8. September 1960 genannt.

Reichlich 10 Prozent des Außenhandels der DDR standen plötzlich in Frage. Es ging überwiegend um Investitionsgüter, wie etwa Walzstähle, Maschinen und elektrotechnische Ausrüstungen. Die DDR lieferte in die Bundesrepublik weniger hochveredelte Waren wie Briketts, Benzin, einfache Erzeugnisse der chemischen Industrie und des Maschinenbaus. In der Bundesrepublik machten die Importe aus der DDR nur 2,5 Prozent aus.

Die DDR antwortete auf die Kündigung des Handelsabkommens mit der „Aktion Störfreimachung“. Von Anfang an handelte es sich dabei nicht um defensive Maßnahmen, sondern es ging um die Beseitigung der Abhängigkeit von der Bundesrepublik, was sofortige Sonderlieferungen aus der Sowjetunion und Unterstützungsmaßnahmen durch die anderen RGW-Länder erforderlich machte. Der Übergang von den DIN-Normen zu den mit den GOST-Normen der UdSSR kompatiblen TGL-Normen musste beschleunigt werden. Die Störfreimachung war ein schmerzhafter Prozess, der auch damit verbunden war, dass die DDR 1960/61 nicht alle Außenhandelsverpflichtungen im Rahmen des RGW erfüllen konnte. Die Aktion hatte Erfolg. Die Bundesrepublik nahm die Kündigung am 28. Dezember 1960 zurück. Allerdings erlaubte ihr die Einführung einer „Widerrufsklausel“, getroffene Vereinbarungen täglich zu brechen.

Im „Spiegel“ konnte nachgelesen werden, was die Einpeitscher der Boykottmaßnahmen nicht berücksichtigt hatten: „Die bei einem Abbruch des Interzonenhandels zu erwartende Westberliner Kohlenlücke – durch den Ausfall der Braunkohlelieferungen aus der Zone – kann auf die Dauer nicht vom Westen her geschlossen werden. Auch Versuche, die Kohlen auf dem Wasserwege heranzutransportieren, könnte die Sowjetzone jederzeit verhindern, ohne bestehende Regeln ändern zu müssen.

Für Lastkähne sind nämlich besondere Permits erforderlich. Es steht zu erwarten, daß die Zonenbehörden nach einem – tatsächlichen Han-

delsstopp ab 1. Januar 1961 keine zusätzlichen Lastkahn-Permits mehr ausstellen.

Noch schwieriger wird die Lage Westberlins, falls Ulbricht wirklich zu Repressalien greift, Wenn die Sowjetzone es ablehnt, für in Berlin produzierte oder verarbeitete sogenannte Vorbehalts-Waren die üblichen Begleitscheine auszustellen, könnte es passieren, daß jährlich für etwa fünf Milliarden Mark Waren in Westberlin liegenbleiben.“¹

Die Bundesregierung konnte auf die Maßnahmen vom 13. August 1961 nicht abermals mit der Kündigung des Handels-Abkommens reagieren. Sie entschied sich für eine Boykottkampagne gegen die Leipziger Herbstmesse. Das hier vorgestellte Dokument belegt mit Zahlen detailliert, dass dieser Boykott letztlich zum Scheitern verurteilt war. Unmittelbar nach dem Mauerbau waren zwar Absagen westberliner und westdeutscher Unternehmen zu verzeichnen, jedoch – sehr zur Überraschung des Messeamtes – kaum Absagen aus dem kapitalistischen Ausland. Der Bundesregierung war es nicht gelungen, „eine Boykottfront der westlichen Industrieländer herzustellen.“² Der Wirtschaftskrieg der Bundesrepublik gegen die DDR trug erheblich zur Zuspitzung der Lage im Jahre 1961 bei.

Siegfried Prokop

Aus dem Abschlussbericht zur Leipziger Herbstmesse (LHM) 1961³:

Auf der diesjährigen Herbstmesse stellten 6439 Aussteller aus 45 Ländern auf 113600 qm Fläche ihre Erzeugnisse aus. Aus dem sozialistischen Ausland waren 15332 und aus dem nicht-sozialistischen Ländern 12414 Messegäste zur LHM erschienen. Aus Westdeutschland und Westberlin waren 494 Aussteller und 7771 Besucher anwesend.

Einschätzung der Beteiligung des Auslands, Westdeutschlands und Westberlins an der LHM 1961

a) Sozialistisches Wirtschaftsgebiet

Die Leipziger Herbstmesse wurde von Regierungsdelegationen aus der UdSSR, der VR China, der CSSR, der VR Polen der VR Bulgarien, der

¹ Embargo mit Löchern, in: Der Spiegel, 42/1960.

² Karsten Rudolph/Jana Wüstenhagen: Große Politik, kleine Begegnungen. Die Leipziger Messe im Ost-West-Konflikt. Berlin 2006, S.110.

³ BAArch, DL 1/3976 , Bl. 352–358 - Altsignatur L-2 / 166.

VR KVDR, der DRV und der Mongolischen VR. Mit diesen Delegationen (außer der VR China) wurden von den leitenden Mitarbeitern des Ministeriums für außen und innerdeutschen Handel Besprechungen geführt. Auf der LHM 1961 stellten 92 Außenhandelsgesellschaften (1960=70) aus 9 Ländern auf einer Gesamtfläche von 6221 qm (1960=4144) ihre Erzeugnisse aus.

Mit Ausnahme der VR China, deren Ausstellungsfläche von 151 auf 86 qm zurückging, haben alle sozialistischen Länder ihre Ausstellungsfläche erweitert. Besonders trifft das zu für die UdSSR, die CSSR und die VR Rumänien. Insgesamt erschienen aus den sozialistischen Ländern zur LHM 1961 15332 Besucher. Das sind 1136 Besucher mehr als zur LHM 1960.

Die Mongolische Volksrepublik beteiligte sich erstmalig als Aussteller an der LHM 1961, während die VR Albanien auf eine Teilnahme als Aussteller verzichtete. Die Ein- und Verkaufszielstellungen gegenüber den sozialistischen Ländern wurden erfüllt. Trotz der vor Beginn der Messe mit den Handelsräten der sozialistischen Länder geführten Besprechungen, bei denen ein großes Verständnis für die Lage der DDR gezeigt wurde, gestalteten sich in den ersten Messetagen die Verhandlungen mit sozialistischen Ländern sehr kompliziert. Es mußte festgestellt werden, dass die Außenhandelsunternehmen der sozialistischen Länder nicht immer über die Ergebnisse dieser Absprachen informiert waren. Daraus ergaben sich dann Forderungen nach Kopplung von Export- und Importgeschäften, fehlende Bereitschaft zum Abschluss der Verträge, da die Abkommens Verhandlungen 1962 noch nicht durchgeführt wurden und fehlende Bereitschaft zum Abschluss von Teilkontingenten aus den langfristigen Abkommen. Die Außenhandelsvertretungen der DDR nahmen die Leipziger Messe wahr, um den Partnergesellschaften der sozialistischen Länder die Problematik der Beseitigung der Störanfälligkeit unserer Volkswirtschaft zu erläutern und erreichten, dass auf dieser Ebene unseren Aufgaben auf diesem Gebiet größeres Verständnis entgegengebracht wurde, was sich auch im Abschluss von Verträgen ausdrückt, laut denen uns die sozialistischen Länder eine ganze Reihe von Waren liefern werden, die bisher aus Westdeutschland oder anderen NATO-Staaten bezogen werden mussten.

b) Kapitalistisches Wirtschaftsgebiet (KW)

Die Beteiligung der kapitalistischen Länder an der LHM 1961 zeigt folgendes Bild:

| | Aussteller | | Ausstellungsfläche (in qm) | | Besucher | |
|------------|------------|------|-------------------------------|-------|----------|-------|
| | 1960 | 1961 | 1960 | 1961 | 1960 | 1961 |
| KW gesamt | 1849 | 1408 | 14421 | 12103 | 33725 | 12414 |
| davon WD | 815 | 471 | 6303 | 2947 | 25937 | 7122 |
| Westberlin | 188 | 23 | 810 | 380 | 1929 | 649 |
| übrige KW | 846 | 914 | 7408 | 8776 | 5859 | 4643 |

Diese Zahlenübersicht zeigt, dass sich die westdeutsche und westberliner Beteiligung an der Messe im Gegensatz zum übrigen KW wesentlich verringert hat. Hier ist der Einfluss der Boykottmaßnahmen offensichtlich. Sie finden in folgenden Maßnahmen ihren wesentlichen Ausdruck:

- a) Aufforderung westdeutscher Politiker (u.a. Erhard und Strauß) und Wirtschaftsführer (u.a. Berg) an westdeutsche und westberliner Firmen, der Messe fernzubleiben.
- b) Einflussnahme rechter Gewerkschaftsführer auf die Herstellerbetriebe, mit dem Ziel, eine Nichtbeteiligung dieser Firmen an der Messe und die Aufgabe des innerdeutschen Handels zu erreichen.
- c) Versuche, den Verkauf von Messeausweisen in Westberlin und Westdeutschland unmöglich zu machen u.a. Industrie- und Handelskammern in Hamburg und Hannover)
- d) Bruch der Vereinbarung zwischen der Deutschen Reichsbahn und der Bundesbahn über den Einsatz von Messesonderzügen und Wagen, Fahrpreisermäßigung und Aushängung der Messefahrpläne.
- e) Verbot der Benutzung der westdeutschen Luftkorridore für Flugzeuge der KLM, der SAS und der Sabena bei Sonderflügen nach Leipzig.

- f) Kündigung von bisher gewährten Krediten durch westdeutsche und westberliner Banken.
- g) Ankündigung von Repressalien gegenüber Kunden, die Leipzig besuchen, in westdeutschen und westberliner Zeitungen und Aufrufe an die Bevölkerung, keine DDR-Waren mehr zu kaufen.

Diese Boykottmaßnahmen wurden zu Beginn der Messe noch verstärkt, in dem die Kaufleute aus Westdeutschland und Westberlin – zum Teil aber auch aus anderen kapitalistischen Staaten- beim Überschreiten der Staatsgrenze DDR/Westdeutschland schikanösen Kontrollen und Registrierungen unterwarfen, ihre Namen, Anschriften und teilweise auch Bilder in der Presse veröffentlicht, Drohbriefe an die Leipzig weilenden Besucher geschrieben wurden und somit eine Rufmord-Politik betrieben wurde...

Diese Boykottmaßnahmen sind die wesentliche Ursache für den Rückgang der Anzahl der Aussteller aus Westdeutschland und Westberlin. Ergänzend muss jedoch gesagt werden, dass eine Reihe von Firmen, die auf Grund der Boykottmaßnahmen nicht in Leipzig ausstellten, bzw. selbst an diesen mit beteiligt waren, im Laufe der Messe versuchten, mit den Aushandelsvertretungen der DDR Kontakt aufzunehmen, um sich über weitere Geschäftsmöglichkeiten zu informieren. ...

Die Beteiligung von Ausstellern aus den übrigen kapitalistischen Ländern zeigte ebenfalls im Vergleich zu Westdeutschland und Westberlin eine entgegengesetzte Entwicklung. Eine große Anzahl von Ländern haben ihre Ausstellungsflächen gegenüber dem Vorjahr bedeutend erweitert. Dies trifft insbesondere auch für die NATO-Staaten England, Belgien, Holland, Italien, Dänemark und Frankreich zu. Ebenfalls erweiterten Finnland, Österreich, Japan, Schweden, die Schweiz, Spanien, Brasilien und Indien die Ausstellungsflächen. Lediglich Luxemburg, Portugal, Jamaika, Sudan, Tunesien und die VAR verringerten die Ausstellungsfläche.

Während die Elfenbeinküste und Kostarica erstmals als Aussteller auftraten, haben Island, Australien, Cuba und die Türkei ihre Beteiligung nicht erneuert.

Der Vergrößerung der Ausstellungsfläche entspricht die Erhöhung der Anzahl der Aussteller von 846 im Vorjahr auf 914 zur LHM 1961. Demgegenüber sind die Besucherzahlen aus der übrigen KW eben-

falls zurückgegangen. Der Rückgang ist jedoch wesentlich geringer als bei Westdeutschland und Westberlin und verteilt sich mehr oder weniger gleichmäßig auf alle kapitalistischen Länder Europas und einige überseeische Länder, wobei der Rückgang bei Schweden, Norwegen, Holland und Belgien besonders bemerkenswert ist.

Informationen

Die UNESCO erklärte im Juli 2017 die Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB Bernau zum Weltkulturerbe und erweiterte damit den bereits bestehenden Bauhaus-Weltkulturerbe-Eintrag.

Wir freuen uns mit dem Verein Baudenkmal Bundesschule Bernau e.V.

Tagungen und Konferenzen

27.Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 24. April 2017

Die Sitzung des Kuratoriums wurde stellvertretend von Ministerialrat Dr. Thomas Wagner geleitet. Wie inzwischen zu erfahren war, wurde nunmehr in der Nachfolge von Herrn Ansgar Hollah Frau Maria Bering als neue Vorsitzende des Kuratoriums ernannt. Sie ist bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als Leiterin der Gruppe „Geschichte, Erinnerung“ tätig und damit auch verantwortlich für den Fachbereich „Schriftliches Kulturgut; Archiv- und Bibliothekswesen“.

Auf der Tagesordnung dieser Sitzung standen neben den üblichen Regularien der Bericht der Direktorin der Stiftung, die Erschließung der Stiftungsbestände in BASYS und Baufortschritte in Berlin-Lichterfelde. Wie die Stiftungsdirektorin Frau Dr. Walther-von Jena hervorhob, liege das Hauptaugenmerk auf der Migration der Erschließungsdaten in die Datenbank des Bundesarchivs BASYS. Das ist mit einer Umsignierung der Bestände verbunden. Über Konkordanzlisten lassen sich die aktuellen Signaturen ermitteln. In einem speziellen Tagesordnungspunkt gab hierzu Frau Susanne Waidmann, die in Koblenz vor allem mit Fragen der Koordinierung und Zusammenarbeit innerhalb des Bundesarchivs befasst ist, eingehende Erläuterungen. Die Diskussion bezog sich vor allem auf Fragen der Benutzung.

Den Stand der Bauarbeiten in Berlin-Lichterfelde erläuternd, konnte der Präsident des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann große Fortschritte konstatieren. Gleichwohl ist mit der Eröffnung des neuen Benutzungsbereichs erst im Januar 2019 zu rechnen. Verzögerungen hätten sich vor allem wegen der schlechten Bausubstanz und Problemen der Bodenbeschaffenheit ergeben. Er verwies angesichts der hohen Archivgut-Zugänge auf die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Magazinkapazitäten. Mit einem separaten Eingang versehen, sollen auf dem Gelände der Liegenschaft Unterkünfte für etwa 500 Flüchtlinge entstehen.

Es wurde informiert, dass die Feierlichkeiten zum Jubiläum des Reichsarchivs im Herbst 2019 in Berlin-Lichterfelde begangen werden sollen.

Gewürdigt wurde die Tätigkeit der langjährigen Bibliotheksleiterin Elrun Dolatowski, die inzwischen in den Ruhestand gegangen ist.

Günter Benser

Zusammengefasst nach dem Protokoll der 27. Sitzung des Kuratoriums

Konferenz *Digital Dreams – Information Technology, Social History Research and the Future of Archives, Museums and Libraries* in Gent (6.-9. September 2017)

Die Konferenz *Digital Dreams* in der De Krook City Library zu Gent war in organisatorischer Hinsicht eine Novität: Zum ersten Mal führten mit der *International Association of Labour History Institutions* (IALHI) und *Worklab – International Association of Labour Museums* die beiden internationalen Dachorganisationen der Gedächtnisinstitutionen im Feld der Arbeitergeschichte ihre Jahrestagungen gemeinsam durch. Mit der *International Conference of Labour and Social History* (ITH) und dem *European Labour History Network* (ELHN) waren zudem zwei weitere relevante Netzwerke als Unterstützer mit an Bord. Die Digitalisierung, die im Zentrum der Konferenz stand, stellt nicht nur Archive, Bibliotheken, Museen und Forschungsinstitute vor ähnliche Herausforderungen, sondern sie eröffnet auch vielfältige neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Typen von Gedächtnisinstitutionen. Das in der Organisation der Konferenz federführende *Amsab – Institute of Social History* (Gent) wies dabei in seiner Tagungsausschreibung etwa auf neue Technologien zur Vernetzung von Beständen und deren Nutzbarmachung für die Forschung wie Linked Open Data und Text Mining, neue Möglichkeiten des Bestandsaufbaus und der Erschließung wie Crowd Sourcing oder neue Möglichkeiten der Vermittlung wie Virtual Exhibitions hin. Zugleich benannte es aber auch kritische Punkte der Digitalisierung, etwa wachsende IT-Kosten für die Gedächtnisinstitutionen oder die Gefahr des Abhängens von Institutionen des Globalen Südens.

Entsprechend vielfältig war das Konferenzprogramm: Eine Reihe von Referaten befasst sich mit allgemeinen Strategien des digitalen Bestandsaufbaus und der Bestandserhaltung sowie der Digitalisierung analoger Bestände in verschiedenen Institutionen. Daneben wurden verschiedene interessante Projekte vorgestellt, die in ganz unterschiedlicher Weise digitale Technologien nutzbar machen, etwa zum Finnischen Bürgerkrieg von 1918, zu belgischen Flüchtlingen in Großbritannien im Ersten Weltkrieg, zu Belgien im Zweiten Weltkrieg oder zur Oral History in verschiedenen Arbeitswelten. Mehrere Projektpräsentationen zur Sammlung und Vermittlung von Klängen zeigten, dass der

„acoustic turn“ mittlerweile auch bei den Gedächtnisinstitutionen zur Labour History angekommen ist.

Insgesamt demonstrierte die Konferenz eindrücklich die doppelte Herausforderung der Digitalisierung an die Gedächtnisinstitutionen der Arbeitergeschichte: Zum einen beeinflusst sie die Funktionsweise von Archiven, Bibliotheken und Museen in allen Bereichen grundlegend. Zum anderen verändert sie aber auch die Gegenstände der Labour History: Die Arbeitswelt wandelt sich durch den zunehmenden Einsatz digital gesteuerter Roboter ebenso wie die sozialen Bewegungen durch neue digitale Kommunikations- und Mobilisationsmittel. Die Anpassung ans digitale Zeitalter ist für die Gedächtnisinstitutionen der Labour History somit nicht nur eine technische und organisatorische Aufgabe, sondern auch eine inhaltliche Herausforderung. Wie die zahlreichen Referate der Tagung gezeigt haben, sind in beiden Bereichen zahlreiche Ideen und Projekte vorhanden.

Christian Koller, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich

53. ITH-Tagung „Welten der Arbeit auf den Kopf gestellt – Revolutionen und Arbeitsbeziehungen in globalhistorischer Perspektive“ in Linz (21.–23. September 2017)

Zum 53. Mal lud die „Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen“ zu einem wissenschaftlichen Kongress ein. Nach einem zweijährigen Intermezzo in Berlin und Steyr trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder im Linzer „Jägermayrhof“, der hoch über der Innenstadt gelegenen Bildungsstätte der Arbeiterkammer Oberösterreich. Im 100. Jahr des Ausbruchs der großen Revolutionsperiode von 1917–1919 standen sowohl die revolutionären Epochen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts als auch die grundlegenden Veränderungen der „Binnenbeziehungen“ zwischen Kapital und Arbeit in Betrieb, Arbeitsorganisation und Recht im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Diskurses. Als weiteren Unterstützern der Tagung ist der Stadt Linz, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu danken.

Am Beginn der Veranstaltung, zu der aus Berlin Ralf Hoffrogge und Robert Schmieder („Arbeit – Bewegung – Geschichte“), Jürgen Hofmann (Historische Kommission DIE LINKE), Bernd Hüttner und Dietmar Lange (Rosa-Luxemburg-Stiftung) und ich angereist waren, fand die Generalversammlung der ITH statt. Nach Arbeits- und Finanzbericht sowie Entlastung des alten Vorstands wurden Susan Zimmermann (Budapest/Wien) zur Präsidentin der ITH, Marcel van der Linden (Amsterdam) und David Mayer (Amsterdam/Wien) zu Vize-Präsidenten, Lukas Neissl (Wien) zum Generalsekretär sowie Korbinian Schleicher (Wien) zum Kassierer der ITH einstimmig gewählt. Zum Kuratorium gehören u.a. Jürgen Hofmann (Berlin) und Stefan Müller (Bonn, FES), zum Wissenschaftlichen Beirat u.a. Stefan Berger (Bochum), Andreas Eckert (Berlin), Bernd Hüttner (Bremen), Mario Kessler (Potsdam) sowie Jürgen Kocka (Berlin). Die Gewinnung neuer (korporativer wie individueller) Mitglieder wurde ebenso besprochen wie künftige inhaltliche Festlegungen und Themenstellungen der ITH-Kongresse für 2018 und 2019. *Neu ist, dass jetzt auch Personen ordentliche Mitglieder werden können.*

Nach Abschluss der Generalversammlung eröffnete Susan Zimmermann den Kongress. Die Teilnehmer gedachten u.a. des verstorbenen

Mitglieds Henryk Skrzypczak (Berlin), des langjährigen Vorsitzenden unseres Vereins. Einen kurzen Nachruf hielt Wilfried R. Garscha, der die bedeutende Rolle Henryk Skrzypczaks für die Bewahrung der ehemaligen DDR-Bestände als „SAPMO“ im Bundesarchiv würdigte.

Die inhaltliche Bandbreite der Vorträge und Diskussionen erstreckte sich über die Verläufe und Resultate der Revolutionen seit Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Versuch einer Zusammenschau in globalhistorischer Perspektive, also in der Betrachtung ihrer Vernetzungen und überregionalen Wirkungen einerseits. Andererseits, so hob David Mayer in seiner Einführung hervor, seien auch die Binnenbeziehung von Kapital und Arbeit im Betrieb, in der Arbeitsorganisation, den Arbeitsordnungen und in den Kämpfen der Arbeiterorganisationen zu betrachten. Damit wolle man den Versuch unternehmen, in unserem Zeitalter vorwiegend politischer Revolutionen ihre soziale Komponente wieder zu integrieren und historisch auch dort zu erforschen, wo sie nicht offensichtlich zu sein scheine.

Der Eröffnungsvortrag von Immanuel Ness (New York) befasste sich mit „Der Spontaneität der ArbeiterInnenklasse, Organisation und der revolutionäre Weg: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“ und unterschied am Beispiel der amerikanischen sozialen Kämpfe zwischen den spontanen, lokal orientierten und antizentralistischen Arbeiterorganisationen und den zentralisierten Großorganisationen der Arbeiterbewegung, also Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Seinem Fazit, dass es zum Erfolg von Arbeiterkämpfen stets auch einer gewissen Disziplin und Organisiertheit bedürfe, konnten wohl die meisten Teilnehmer zustimmen, seine Ausführungen indes wirkten an einigen Stellen etwas inkonsistent. Am Freitag beschäftigte sich die Konferenz mit den übergreifenden Fragestellungen („Panels“) „Arbeit trifft auf die Oktoberrevolution (1917–1920er)“, „Kommunistische und postfordistische Politiken der Arbeit im kurzen 20. Jahrhundert“ sowie „Osteuropa: Arbeitsregime und die Logiken der Wende (1940er–1990)“. Im ersten Panel stach der Vortrag von Tina Lintunen (Turku) über „Netzwerke der aufständischen Roten Frauen in Finnland 1918“ etwas hervor, der Substrukturen politischer und gewerkschaftlicher Arbeit unter Bedingungen des Bürgerkrieges verdeutlichte. Im zweiten Block legte Bernhard Bayerlein (Bochum) anhand einer arbeitssoziologischen und politischen Analyse des Komintern-Funktionärskörpers dar, inwieweit Revolution und der Typus des Berufsrevolutionärs selbst Teil sowohl politischer Veränderungen als

auch von innerorganisatorischer Herrschaftsstruktur wurden. Im dritten Panel erläuterte Katja Praznik (Buffalo) die Rolle der Kunst und ihrer Interessenvertretung im Rahmen des sozialistischen Modells Jugoslawiens, wo erst die Wirtschaftskrise ab den siebziger Jahren eine sinnvolle Integration der Kunst als Arbeit in einem sozialistischen Staat unterminierte. Leider konnte Renate Hürtgen (Berlin) ihren Vortrag über selbstorganisiertes Handeln von Frauen im revolutionären Umbruch in der DDR nicht selbst halten, Susan Zimmermann vertrat die erkrankte Kollegin. Ergänzt wurde der Freitag mit einem Besuch des „Zeitgeschichte Museums“ der VOESTALPINE, die als „Hermann-Göring-Werke“ Kriegsverbrechen durch Zwangsarbeit begangen hatten.

Der Sonnabend richtet den Blick stärker auf die globale Revolutionsentwicklung. Besonders anregend der Vortrag von Wolfgang Häusler (Wien) über die soziale und politische Stellung und Beteiligung der Wiener Arbeiterschaft an der 1848er Revolution, aber kaum minder die Analysen von Pepijn Brandon (Amsterdam) / Niklas Frykman (Pittsburgh) über die Seeleute und Hafendarbeiter um 1800 und von Gabriel Di Meglio (Buenos Aires) über die völlig unterschätzte soziale Revolutionskomponente bei der Staatsbildung Argentiniens im frühen 19. Jahrhundert. Das letzte Panel setzte die Globalperspektive fort mit Vorträgen von David Palmer (Melbourne) über die Zwangsarbeit in Japan im Kaiserreich der Vorkriegszeit, Matthew Galway (Vancouver) über die Entwicklung in Kampuchea und von Sepideh Nekomanesh (Stockholm) über die Rolle der Frauen als Aktivistinnen der Iranischen Revolution in ihrer Frühphase, die durch die islamische Revolution Khomeinis Schritt für Schritt verdrängt wurden.

Nach der kurzen Abschlussdiskussion, in der der erweiterte Blick auf die Revolution gewürdigt, aber durchaus kritisch reflektiert wurde, führten Winfried R. Garscha und Brigitte Pellar (beide Wien) die Teilnehmer durch eine Wanderausstellung, in der der Beginn der organisierten reaktionären Gewalt gegen die Arbeiterbewegung in Österreich durch das Wiener Blutbad vom Juli 1927 auf bedrückende Weise lebendig gemacht wurde.

Leider lagen weder die Tagungsbände von 2015 und 2016 vor. Dem Organisationsteam um Lukas Neissl jedenfalls ist für eine gelungene Veranstaltung herzlich zu danken.

Holger Czitrich-Stahl

Neues aus der Forschung

Habilitationsprojekt:

Arbeit in der Krise – Gewerkschaftliche Krisendeutungen und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien

Das Habilitationsprojekt ist angesiedelt am Institut für Soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum. Es will Krisenwahrnehmungen und Krisenpolitik in deutschen und britischen Gewerkschaften im Langzeitvergleich untersuchen.

Dazu werden vier verschiedene Zeiträume betrachtet: die Nachkriegskrise 1919-1923, die Weltwirtschaftskrise 1929-1933 sowie der Strukturwandel in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre (ca. 1973-82). Mit „Krise“ sind hier also weniger die regelmäßig zu beobachtenden Konjunkturschwankungen gemeint, sondern tiefergehende Strukturkrisen, die mit Änderungen in den industriellen Beziehungen und der politischen Regulation wirtschaftlichen Handelns einhergehen. Für die Gewerkschaften, so ein erstes Zwischenergebnis, stand in der Wahrnehmung solcher Krisen stets der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Form einer erhöhten Sockelarbeitslosigkeit über mehrere Jahre hinweg als definierendes Merkmal im Vordergrund.

Als Fallbeispiele werden zwei Traditionsgewerkschaften der Metallindustrie gewählt: der 1891 gegründete *Deutsche Metallarbeiter-Verband* (DMV) und seine Nachfolgerin *IG Metall* sowie die 1851 gegründete britische *Amalgamated Engineering Union* (AEU), die seit den 1992 in mehreren Fusionen ihren Charakter als Metallgewerkschaft aufgab – ein Grund, warum der Vergleich nicht wie ursprünglich angedacht bis in die Gegenwart weitergeführt wird.

Die Presseorgane beider Gewerkschaften wie etwa die „Metallarbeiterzeitung“ bzw. „Metall“ oder das „AEU Monthly Journal“ sind empirische Grundlage des Projekts und werden ausgewertet auf Krisendiskurse und Krisendeutungen. Der Vorteil ist, dass beide Gewerkschaftszeitungen seit den 1920ern fast kontinuierlich erschienen und somit nicht nur einen transnationalen, sondern auch einen diachronen Vergleich vom Umgang mit Wirtschaftskrisen ermöglichen. Die Presseorgane beider Gewerkschaften sollen zeitlichen Stichproben für die zu untersuchenden Krisenphasen ausgewertet werden. Anhand des Materials erfolgt eine Diskurs- und Politikanalyse zum Begriff der Krise sowie zu Lö-

sungsstrategien, wobei auch nach Anwendungen und gegebenenfalls Scheitern der jeweiligen Deutungen und Strategien gefragt wird, ebenso Thema sind Strömungskonflikte und widerstreitende Deutungen innerhalb der Verbände. Leitfrage ist dabei die Spannung von korporatistischen Deutungen und antagonistischen Konzepten sowie die Frage nach den Bedingungen für etwaige Paradigmenwechsel in der Krisenwahrnehmung.

Krise, Klasse und der Begriff von Normalität

Das historische Habilitationsprojekt versteht sich als vergleichende Langzeitstudie zu gewerkschaftlicher Krisenpolitik. Es untersucht gezielt Bruchpunkte gesellschaftlicher Integration im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert und nimmt dabei auch heterodoxe Politikangebote sozialistischer und antikapitalistischer Akteure in den Blick. Gefragt wird, unter welchen gesellschaftlichen und diskursiven Vorzeichen sich korporatistische oder klassenkämpferische Deutungsmuster von "Krise" durchsetzen. Die Studie fragt somit gezielt nach der Konstitution von Mentalitäten und Gesellschaftsbildern der organisierten Arbeiterschaft und ihrer Repräsentanten. Selbstbilder von "Klassenbewußtsein" oder "Sozialpartnerschaft" werden nicht a priori gesetzt, sondern als umkämpfte Begriffe im Ringen um politische Hegemonie gedacht. Forschungsleitende Hypothese ist, dass der Begriff der "Krise" ohne ein Konzept von "Normalität" nicht denkbar ist und beide Konzepte im Bewusstsein gewerkschaftlicher Akteure über die Generationen hinweg starke Wandlungen durchgemacht haben. In der Gegenwartskonstellation eines instabilen Postfordismus gerinnt dabei das Krisenhafte und Prekäre zur Normalität - ein Phänomen, dem gewerkschaftliche Akteure erst in Ansätzen mit neuen Deutungsmustern begegnen. Auch wenn die Untersuchungszeiträume des Projekts sich auf die 1920er und 1970er Jahre beschränken, ist damit eine Relevanz für aktuelle Gewerkschaftliche und politische Debatten gegeben.

Ralf Hoffrogge

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2017

Auch im Geschäftsjahr 2017 konnte der Förderkreis auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Der Vorstand richtete seine besondere Aufmerksamkeit auf die weitere inhaltliche Profilierung der „Mitteilungen“, die seit dem 1. Januar 2017 von einer neuen Redaktion verantwortet werden.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1. Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

In gewohnter Weise konnten die „Mitteilungen“ 51 und 52 (März und September 2017) pünktlich und in neuer Aufmachung mit dem Vereinslogo auf der Titelseite erscheinen. Der Wechsel in der Redaktion ging reibungslos vonstatten. Dies gelang vor allem deshalb, weil die bisher verantwortlichen Redakteure, Birgid Leske und Rainer Holze, ihre Nachfolger Elke Reuter und Alexander Amberger rechtzeitig in ihre Aufgaben eingearbeitet hatten.

Hervorzuheben ist der in zwei Teilen in den beiden Heften abgedruckte Beitrag von Sylvia Gräfe zu den „Quellen und Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED – Zum Aktenbestand des Instituts im Bundesarchiv“. Genannt seien ferner die von Siegfried Prokop bzw. von Holger Czitrich-Stahl vorgestellten Dokumentationen „Zum Klub ‚Hermann Duncker‘ des Kulturbundes in Bernau“ (Heft 51), die „Tagebuchnotizen Artur Crispiens – ein Zeitdokument eines linken Sozialisten gegen den Krieg“ (Heft 52), der Artikel von Heinz Sommer zur anarchistischen Bücherei im Haus der Demokratie in Berlin (Heft 51) sowie der Beitrag von Heinz Müncheberg über das „Archiv Müncheberg zur Frühgeschichte der DDR-Fernsehkunst“ (Heft 52).

Ein wichtiger Beitrag zu den aktuellen Debatten über die historische Bedeutung der Russischen Oktoberrevolution von 1917 stellt der im Heft 52 abgedruckte, gekürzte Vortrag von Peter Brandt dar, den er vor unserer Jahresmitgliederversammlung 2017 hielt (Heft 52). Der volle Wortlaut des Vortrages kann auf unserer Website gelesen werden.

1.2. Rainer Holze, Marga Voigt (Hrsg.): 1945 – Eine „Stunde Null“ in den Köpfen? Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus (Zwischen Revolution und Kapitulation. FORUM PERSPEKTIVEN DER GESCHICHTE, Bd. 2, hrsg. von Marga Voigt und Reiner Zilkenat), edition bodoni, o. O. 2016, 269 S., Abb.

Die Wertschätzung des Bandes wurde 2017 durch weitere Rezensionen von ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bekräftigt. Genannt seien hier vor allem Besprechungen in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, im Fachjournal „Arbeit-Bewegung-Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“, im „Archiv für Sozialgeschichte“ und im Internetportal „GlobKult“.

Am 17. Oktober 2017 konnte der Sammelband auf einer Veranstaltung des Seniorenklubs im Karl-Liebknecht-Haus von den Mitherausgebern bzw. -autoren Rainer Holze, Jürgen Hofmann und Siegfried Prokop den 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt werden, worauf sich eine sehr lebhaft Diskussions zu Fragen der geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus 1945 anschloss.

1.3. Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke, Hrsg.: „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung – Supplement. Erarbeitet in Kooperation von Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2017, 165 Seiten.

Im Dezember 2017 konnten wir die Buch-Exemplare unseres gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Supplement-Bandes „Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung“ in Empfang nehmen. Von der Abgabe der druckfertigen Manuskripte bis zum Erscheinen des Bandes war ein „langer Atem“ vonnöten. Nun liegt eine Publikation vor, die sich sehen lassen kann. 15 Autoren (darunter 8 Mitglieder unseres Förderkreises) stellen 16 Persönlichkeiten vor, die zur Bewahrung von Dokumenten der deutschsprachigen Arbeiterbewegung einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Unter ihnen sind Eduard Backert, Friedrich P. Kahlenberg, Robert René und Jürgen Kuczynski, Inge Lammel, Werner Krause und Ilse Schiel. Wir danken an dieser Stelle der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihr Engagement, denn ohne sie

hätte unser Verein allein die Herausgabe dieses Bandes schwerlich stemmen können.

1.4. Vorträge

Wir setzten auch 2017 die Tradition fort, jüngeren Vereinsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe mit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. und unseres Förderkreises ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren. Im Berichtszeitraum referierte Dennis Egginger-Gonzalez am 16. März 2017 im Casino des Bundesarchivs auf der Grundlage seiner inzwischen veröffentlichten Dissertation zum Thema „Der ‚Rote Stoßtrupp‘ – eine frühe linkssozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus“.

Am 12. Oktober 2017 veranstaltete der Förderkreis in Ergänzung der gemeinsamen Vortragsreihe von Bundesarchiv, Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und Förderkreis einen Vortrag von Annelies Laschitza. Anlass bot das Erscheinen der von ihr und Eckhard Müller herausgegebenen Bände 6, 7/1 und 7/2 der Gesammelten Werke von Rosa Luxemburg mit über 400 unbekanntem deutschsprachigen Texten. An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion an, an der sich viele der etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung beteiligten. Der ergänzende Diskussionsbeitrag von Eckhard Müller wird in Heft 54 (September 2018) unserer „Mitteilungen“ publiziert werden.

1.5. Bekanntheitsgrad

Im Jubiläumsjahr hat sich der Bekanntheitsgrad des Förderkreises weiter erhöht. Dazu trugen nicht unwesentlich die aussagekräftigen Rezensionen zu unseren Publikationen („Mitteilungen“, Sammelband „1945 – Eine Stunde Null in den Köpfen?“) in der Presse, in Fachzeitschriften und in Internetportalen bei.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO (BArch) und Interessenvertretung der Mitglieder

Die bewährte Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte besonders über die Mitarbeit an der gemeinsamen Vortragsreihe. Hervorzuheben ist, dass insbesondere die Direktorin der Stiftung, Frau Walther-von Jena, und Frau Fischer für das Gelingen der Vortragsveranstaltung mit Anne-

lies Laschitzka, die in der SAPMO-Bibliothek stattfand, großen Anteil hatten.

3. Beziehungen mit anderen Vereinen

3.1 ITH

Den Bericht über die 52. Linzer Konferenz der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiter- und anderer sozialen Bewegungen (ITH) – sie fand diesmal vom 15. bis 17. September 2016 in Steyr/Oberösterreich zum Thema „Güterketten und Arbeit“ statt – verfasste unser Vereinsmitglied Dietmar Lange. Die Veröffentlichung erfolgte in der Nr. 52 unserer „Mitteilungen“. Auf der 53. Linzer Konferenz, die sich dem Thema „Welten der Arbeit auf den Kopf gestellt – Revolutionen und Arbeitsbeziehungen in globalhistorischer Perspektive“ widmete und vom 21. bis 23. September 2017 in Linz stattfand, war Holger Czitrich-Stahl für unseren Verein anwesend. Sein Bericht über die Konferenz ist im Heft Nr. 53 im März 2018 veröffentlicht worden.

3.2. IALHI

Der Bericht über die 47. Tagung vom 7. bis 10. September 2016 in Helsinki ist im Heft 51 unserer Mitteilungen im März 2017 veröffentlicht worden. Wir danken Christian Koller vom Schweizerischen Sozialarchiv Zürich für seine Mitarbeit.

3.3. Andere Vereine

Die Zusammenarbeit mit dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. (BBB) und dem Verlag edition bodoni wurde vertieft und weitergeführt. 2017 stand dabei die Vorbereitung einer Konferenz zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution 1918 im Mittelpunkt, die wir gemeinsam am 9. Mai 2018 durchführen werden. Arbeitskontakte zur „Hellen Panke e.V.“, die den Druck unserer „Mitteilungen“ gewohnt zuverlässig gewährleistet, zum „Förderverein Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, zum „Zeitgeschichtlichen Archiv“ in Berlin-Marzahn und zur „Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V.“ wurden fortgesetzt. Gemeinsam mit der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder organisierten wir anlässlich des 160. Geburtstages von Clara Zetkin am 5. Juli 2017 einen Ideen- und Erfahrungsaustausch mit anderen Vereinen und Initiativen aus Berlin und Brandenburg, die sich der Geschichte der Arbeiterbewegung widmen.

4. Vereinsangelegenheiten

Am 2. Mai 2017 verstarb unser Gründungsmitglied Henryk Skrzypczak, der bis zu seinem Tod als Beisitzer unseres Vorstandes amtierte. Seine großen Verdienste um die Bewahrung der im Zentralen Parteiarchiv der SED verwahrten wertvollen Bestände zur Geschichte der Arbeiterbewegung würdigte Günter Benser in einem Nachruf im Heft 52 unserer „Mitteilungen“. Auf der Jahresmitgliederversammlung am 13. Mai 2017 wurden zu neuen Beisitzern des Vorstandes Alexander Amberger, Holger Czitrich-Stahl und Elke Reuter gewählt. Birgid Leske und Rainer Holze galt der Dank für ihre langjährige und erfolgreiche Arbeit als Redakteure unserer „Mitteilungen“.

In einer Mitgliederbefragung votierten 31 von 39 Teilnehmerinnen und Teilnehmern dafür, auch künftig unsere Zeitschrift in gedruckter Fassung zugesandt zu bekommen. Acht bitten um die elektronische Übersendung in Form einer pdf-Datei, drei Mitglieder möchten sowohl die Druckfassung als auch die pdf-Datei übermittelt bekommen. Zugleich hat der Vorstand sich für ein Vereins-Logo entschieden, das zukünftig auf den Publikationen sowie auf dem Briefpapier als „Erkennungszeichen“ des Förderkreises dienen wird.

Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch 2017 in den Vorstandssitzungen den „Mitteilungen“ und den anderen Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Dagmar Goldbeck verantwortete wie bisher den Vertrieb unserer Veröffentlichungen, Sylvia Gräfe informierte über die Pflege der Website, Elisabeth Ittershagen legte jeweils die finanzielle Situation und die Entwicklung unserer Mitgliedschaft dar. Elke Reuter stellte die Planungen für das jeweils nächste Heft der „Mitteilungen“ vor.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins, die zum Erfolg seiner Arbeit beigetragen haben.

Aktivitäten der Vereinsmitglieder

Zur Website von Holger Czitrich-Stahl

www.quergedacht-aktuell.de

Zu den produktivsten Förderkreismitgliedern gehört Holger Czitrich-Stahl, der im vorigen Jahr in den Vorstand gewählt wurde und nunmehr die neue Redaktion unseres Periodikums verstärken wird. Zu seinen umfangreichen Aktivitäten gehört auch die von ihm betriebene Website, auf der er sich seit Herbst 2003 regelmäßig zu geschichtlichen, aktuellen und programmatischen Fragen äußert. Seinem Internetportal gab er zunächst den Namen „kwerdenker-online.de“. Der Anlass war für Holger C. – er gehört in jener Zeit der SPD an – seine grundsätzliche Kritik an der „Agenda 2010-Politik“ der Schröder-Regierung. Angestoßen durch die Gründung der WASG hoffte er außerdem – frei von Zwängen einer Parteifunktion – klassische linke Politikinhalte und historische Deutungen einer linkssozialistischen Perspektive vorstellen und verbreiten zu können. Daneben lag und liegt ihm immer die aktuelle Lage Griechenlands besonders am Herzen, was sich auch in nicht wenigen seiner Beiträge widerspiegelt. Wichtig für ihn ist, auch Gastautoren zu gewinnen. Der prominenteste unter ihnen war bislang sicherlich der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck.

Im Sommer 2010 modernisierte unser Mitstreiter seine Website, versah sie mit einem neuen Design, verbreiterte das Spektrum der Beiträge und gab ihr den neuen Namen: www.quergedacht-aktuell.de. Jährlich schreibt er einen Leitartikel, meist zu Fragen der Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und seiner Zukunft, zur Lage der sozialen Demokratie und der Entwicklung in der EU. Weitere Themenfelder in diesem Kontext sind die Beziehungen zwischen der SPD und der Linkspartei, das Wirken des Berliner Sozialisten in der deutschen Kaiserzeit Arthur Stadthagen, über den er bekanntlich bei Peter Brandt promoviert hat, und über seinen „ideologischen Großvater“ Wolfgang Abendroth. Den Kern der Homepage bilden seine „Historischen Notizen“. Es ist bemerkenswert, dass sie inzwischen 160 Mal erschienen sind. Holger Czitrich-Stahl befasst sich in ihnen vor allem mit oftmals vergessenen Schlüsselsituationen der Arbeiterbewegung, mit demokratischen Bewegungen seit der Französischen Revolution, mit der Geschichte der Wei-

marer Republik und der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, mit der Zeitgeschichte nach 1945, aber auch mit der Geschichte des demokratischen Athens der Antike und der neugriechischen Geschichte.

Von unserem Mitstreiter ist mir bekannt, dass seine Tätigkeit ihm viel Freude bereitet, zumal er immer wieder auch positive Rückmeldungen erhält. Welches Motiv ihn leitet, regelmäßig neue Texte zu entwerfen und auf seine Homepage zu stellen, darüber lassen wir ihn abschließend selbst zu Worte kommen. So lesen wir im Editorial seiner Website vom 3. Oktober 2013 unter anderem: „Seit nunmehr 2003 schreibe ich aus linkssozialistischer-radikaldemokratischer Sicht auf meiner Seite für eine Welt ohne Krieg und Ausbeutung, Hunger und Not, Umweltzerstörung und Unterdrückung. ...Eine solche Welt arbeitet und lebt sozialistisch, regiert sich selbst demokratisch und lebt mit sich in Frieden und im Einklang mit der Natur. Und daher gilt uneingeschränkt fort, was der große Kreter Nikos Kazantzakis (einer der bedeutendsten griechischen Schriftsteller des 20. Jahrhundert und Autor von „Alexis Sorbas“ – R. H.) dem Heiligen Franz von Assisi in den Mund legte: „Sich der Welt, in der er lebt, zu widersetzen ist die Pflicht des freien Menschen.“

Rainer Holze

Personalia

Für Prof. Dr. Narihiko Ito (1931–2017)

Das letzte Mal begegnete ich Prof. Narihiko 2013 in Paris, wo ich das Erscheinen von Band 6 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs ankündigte. Wir kannten uns seit Langem. In den 1960/1970er Jahren war er Gast meiner Familie und lernte meine Töchter im Kindesalter kennen. Seit Anfang an weiß ich seine Entdeckerfreude zu schätzen, die ihn erfasste, wenn er ein neues Dokument oder auf besonders interessante Gedanken Rosa Luxemburgs stieß bzw. anregend mitteilte. Für die deutschen und japanischen Publikationsvorhaben der Werke Rosa Luxemburgs standen wir in engem persönlichen Kontakt.

Der Historiker Ito, 1931 in der alten Kaiserhauptstadt Kamakura geboren, lehrte bis zu seiner Emeritierung 2002 als Ordentlicher Professor an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Chuô-Universität in Tokio. Mit deren und insbesondere mit gewerkschaftlicher Unterstützung ist ihm für eine der größten internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenzen zu danken, an der ich aktiv teilnehmen konnte. Sie fand 1991 in Tokio statt und stieß auf viel öffentliches und kulturelles Interesse.

Dem Vorbild Rosa Luxemburgs folgend, zeichnete Ito ein leidenschaftliches Friedensengagement, vor allem zwischen den asiatischen Staaten Japan, Korea und China aus. Jedes Jahr verband er seine Neujahrswünsche mit einer diesbezüglichen faktenreichen Bilanz seines unermüdlichen Kampfes gegen Kriegsgefahren und Atomrüstungswahn, die wie seine Rosa-Luxemburg-Forschung und -Edition anregend wirkte.

Wir werden ihn sehr vermissen, gehörte er doch zu den internationalen Wissenschaftlern, die sich 1990/1991 für die Bewahrung der Archiv- und Bibliotheksschätze des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED einsetzten. Nicht zuletzt gehörte er zu den Mitbegründern und Mitgliedern des Fördervereins Archiv und Bibliotheken der Arbeiterbewegung.

Annelies Laschitza

Siehe auch den Nachruf auf der Website:

<http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de>

Vorträge

12. Oktober 2017

Rosa Luxemburg im Spiegel von Berichten der politischen Polizei im Wilhelminischen Kaiserreich in den Bänden 6, 7/1 und 7/2 der „Gesammelten Werken“

Eckhard Müller

In ihren Vorworten zu den Bänden 6, 7/1 und 7/2 weist Annelies Laschitza zur Editions-geschichte der Werkausgabe Rosa Luxemburgs darauf hin, dass in die Bände 1 bis 4 nur einige Zeitungs- und keine Polizei-berichte über das Auftreten Rosa Luxemburgs Aufnahme fanden, da an deren Zuverlässigkeit Zweifel angemeldet worden waren. „Durch den Verzicht auf den Abdruck vieler Reden blieben wichtige Aktivitäten Rosa Luxemburgs verborgen.“¹ In den 2014 und 2017 erschienenen Ergänzungsbänden 6, 7/1 und 7/2 ist mit dieser Praxis gebrochen worden.²

Bereits vor Erlass des Sozialistengesetzes von 1878 war vom preußischen Staat ein Beobachtungs- und Überwachungssystem gegenüber der Arbeiterbewegung geschaffen worden, in dem die Berliner politische Polizei als Organ eine zentrale Funktion einnahm.³ Der preußische Innenminister Botho Graf zu Eulenburg wies in einem Zirkularerlass vom 5. September 1878 die Regierungspräsidenten, Polizeipräsidien und -direktionen an, die deutsche Sozialdemokratie „scharf zu beobachten und das sich ergebende Material an einer Stelle zu sammeln und zu verarbeiten.“⁴ Die politische Polizei Preußens war damit verpflichtet, relevantes Material aus sozialdemokratischen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Publikationen und Protokollen von Parteitag und Parteikonferenzen der SPD zu sammeln und auszuwerten. Öffentliche sozialdemokratische Versammlungen wurden von Polizeibeamten überwacht und protokolliert. Sie wurden von den Beamten abgebrochen, wenn diese die Äußerungen des Referenten oder der Diskussionsredner für un-

¹ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke (GW). Bd. 7/1. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017, S. 16 und siehe Elke Reuter, Zum Umgang der SED mit dem Erbe Rosa Luxemburgs, in: Rosa Luxemburg ante portas. Vom Leben Rosa Luxemburgs nach ihrem Tod. Hrsg. von Klaus Kinner, Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 9. Leipzig 2012, S. 51–74.

² Siehe Annelies Laschitza, Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren, in: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 14, Leipzig 2017, S. 81–84.

³ Siehe Dieter Fricke, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871–1898), Berlin 1962.

⁴ Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878–1913. Band 1. 1878–1889. Bearb. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack, Weimar 1983, S. 3.

gesetzlich hielten. Anhand ihrer stenographischen Aufzeichnungen fertigten sie Protokolle über die Versammlungen an. Zugleich wurde mit Hilfe von Spitzeln versucht, an interne Informationen und Materialien über den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess der Sozialdemokratie zu kommen.⁵

Im preußischen Ministerium des Innern und bei den preußischen Polizeibehörden, wie dem Polizeipräsidium Berlin und der Polizeidirektion Hamburg entstanden auf diese Weise Archivbestände mit Personen- und Sachdossiers zur Überwachung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Sachdossiers tragen als Aktentitel beispielsweise: Parteitage, sozialdemokratisches Versammlungswesen in den Wahlkreisen, Wahlrecht in Preußen, Druckschriften bzw. Vorträge sozialdemokratischer Tendenz, Soldatenmisshandlungen, Massenstreik, II. Internationale, Majestätsbeleidigung, Verbot von Druckschriften, Stellung der Sozialdemokratie zum Krieg, antimilitaristische Bewegung, Bekämpfung der antimilitaristischen Agitation, Gesamtüberblick der polnischen Tagesliteratur, Sozialdemokratie und deren Stellung zur gewaltsamen Revolution, politische Verhältnisse in Baden, sozialdemokratische Parteizwistigkeiten, Aufreizung zum Klassenhass, Taktik der Sozialdemokratie, Gruppe Internationale, Prozesse wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, theoretische Erörterungen der Sozialdemokratie, Organisation der Sozialdemokratie in den Ländern.

Die alphabetischen Personendossiers von A–Z und Sachdossiers des preußischen Ministeriums des Innern werden im Geheimen Staatsarchiv, Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem verwahrt. Ein Teil dieses Bestandes befindet sich im Russländischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (Fonds 191) in Moskau. Der Bestand Polizeipräsidium Berlin⁶, von dem ein kleiner Teil ebenfalls im zuvor genannten Moskauer Archiv aufbewahrt wird, wobei eigenartiger Weise keine Personendossiers für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vorliegen, befindet sich im Landesarchiv Berlin und der Bestand Polizeidirektion Hamburg im Staatsarchiv Hamburg.

⁵ Siehe z.B. August Bebels erste Resolutionsentwurf zu Militarismus und Internationale Konflikte vom 27. Mai 1907 zum Stuttgarter Sozialistenkongress 1907, in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 30 Berlin C, Polizeipräsidium, Tit. 94, Nr. 9421, Bl. 18/19 und Thomas Seidel, Die Kongresse der II. Internationale und die Tätigkeit des ISB im Blickpunkt der Berliner politischen Polizei (1900 bis 1912), S. 129–130; Stenographen hinterm Vorhang. Geheime Überwachungsprotokolle von Parteitag der Sozialdemokratie im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt 1896-1904. Hrsg. und bearb. von Dieter Marek und Jochen Lengemann, Jena 2009.

⁶ Siehe Polizeipräsidium Berlin. Politische Angelegenheiten von 1809–1945. Sachthematisches Inventar. Bearb. von Rudolf Knaack und Rita Stumper, Berlin 2007.

Für die Arbeit an den Bänden 6, 7/1 und 7/2 der „Gesammelten Werke“ von Rosa Luxemburg wurde in diesen Beständen und von weiteren Polizei- und kommunalen Behörden im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden, im Generallandesarchiv Karlsruhe, im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel und im Bundesarchiv sowie in den Stadtarchiven Duisburg, Lörrach und Offenburg recherchiert. Anfragen wurden u.a. an das Thüringische Staatsarchiv Altenburg, an die Sächsischen Staatsarchive Chemnitz und Leipzig, an das Kreisarchiv Zwickau und die Archive des Ilm-Kreises und des Vogtlandkreises sowie die Stadtarchive Altenburg, Erfurt, Jena und Wuppertal gerichtet.

Insgesamt sind in die Bände 6, 7/1 und 7/2 dreißig Polizeiberichte, davon sechs Berichte von Polizeispitzeln, sowie zwei Protokolle über richterliche Vernehmungen Rosa Luxemburgs während des ersten Weltkrieges und eine Verbotsverfügung des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps in Münster als Quellentexte bzw. Sachinformationen in die Anmerkungen aufgenommen worden.

Annelies Laschitzka und ich stießen auf Zeugnisse über das Interesse deutscher Polizeibehörden an der jungen Rosa Luxemburg, als sie noch gar nicht in Deutschland eingetroffen war. Seit Mitte der Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts wurden die politische Tätigkeit von Rosa Luxemburg in der polnischen Arbeiterbewegung und ihre Publizistik in der sozialdemokratischen Presse von der politischen Polizei Preußens verfolgt und Zeugnisse in Form von Zeitungsausschnitten und Versammlungsberichten sowie Kommentaren der bürgerlichen Presse gesammelt und ausgewertet.⁷

In einem vertraulichen Schreiben des Präsidenten der Polizeidirektion Dresden an den Berliner Polizeipräsidenten vom 13. November 1896 hieß es: „Auf dem unlängst abgehaltenen Londoner Parteikongresse hat sich eine ‚Genossin‘ Rosa *Luxemburg* bemerklich gemacht, indem sie besonders für ein Zusammenwirken der Sozialdemokratie in Russisch-Polen mit den russischen Sozialrevolutionären eingetreten ist. Dieselbe Person hat dann einige Aufsätze über ‚Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie‘ geschrieben, welche im Oktober dieses Jahres in der hiesigen ‚Sächsischen Arbeiter-Zeitung‘ veröffentlicht worden sind und bekanntlich soeben Anlass zu einer Pressfehde zwischen der Redaktion dieses Blattes und dem Chefredakteur des ‚Vorwärts‘ *Liebke* gegeben haben. Es wäre mir erwünscht, etwas Nähe-

⁷ Siehe. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Stiftung Preußischer Kulturbesitz (GSTA), I. HA, Rep. 77 CB P, Nr. 172, Dossier Rosa Luxemburg.

res über diese Rosa Luxemburg und ihre agitatorische Tätigkeit zu erfahren, weshalb Euer Hochwohlgeboren ich um eine gefällige Mitteilung Desjenigen, was dort über diese Person bekannt ist, hiermit ergebenst bitte.“⁸

Im gewünschten Bericht stellte der Berliner Polizeipräsident Ludwig von Windheim fest: „Fräulein Rosa Luxemburg-Kruszynska hält sich seit längerer Zeit in Zürich auf und hat vordem in Paris studiert. Sie ist eine bekannte Gegnerin des auswärtigen Verbandes polnischer Sozialisten und hat im Jahre 1893 zusammen mit dem bekannten Karski-Marchlewski in Russisch-Polen die ‚Sozialdemokratie des Königreiches Polen‘ gegründet, eine Organisation, die sich von der ‚polnisch-sozialistischen Partei‘ nicht nur separierte, sondern deren Bestrebungen direkt bekämpfte. Als Organ der ‚Sozialdemokratie des Königreiches Polen‘ gaben Luxemburg und Karski die ‚Sprawa Robotnicza‘ in Paris heraus. Die Luxemburg ist jetzt der Mittelpunkt aller oppositionellen Strömungen in der polnisch-sozialistischen Bewegung und zählt sie außer in Paris und Zürich auch unter den polnischen Genossen in Posen, Breslau und Zabrze viele Anhänger; von letzteren erhielt sie ein Mandat für den diesjährigen internationalen Arbeiter-Kongreß zu London und war sie als Delegierte polnischer Sozialisten in Posen, Breslau und Zabrze auf Intervention von Singer und Liebknecht zur polnischen Delegation zugelassen worden. Dogma der Luxemburg ist die Forderung der organischen Einverleibung Polens in Rußland und verlangt sie darum auch ein Zusammenwirken der Sozialdemokratie in Russisch-Polen mit den russischen Sozialrevolutionären, während der ‚Auswärtige Verband‘ und die polnisch-sozialistische Partei Russisch-Polens die Befreiung Polens und ein Zusammengehen der polnisch-sozialistischen Bewegung in den 3 Teilen Polens anstreben.“⁹

Die Überwachung der Aktivitäten Rosa Luxemburgs in der polnischen Arbeiterbewegung bildet mit Zeitungsausschnitten, Übersetzungen aus polnischen Zeitungen und Polizeiberichten für die Jahre 1896 bis 1904 einen Schwerpunkt der Überlieferungen im Landesarchiv Berlin, Bestand Polizeipräsidium Berlin.¹⁰

Hier finden sich zum Beispiel polizeiliche Abschriften von sechs Briefen Rosa Luxemburgs zur Gründung einer Gewerkschaftszeitung in Posen (sie sind in Band 6 der „Gesammelten Briefe“ von Rosa Luxemburg ver-

⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 12330, Bl. 149.

⁹ Ebenda, Bl. 150f.

¹⁰ Siehe ebenda, Nr. 9484, 12329, 12331, 12332, 12333, 12334, 12554, 12255 und 12556/27.

öffentlich), Exemplare der Gewerkschaftszeitung „Oswiata“ in der Redaktion von Rosa Luxemburg und Josef Gogowski aus den Jahren 1901 und 1902. Bei Überblicken zur polnischen Zeitungsliteratur im Geheimen Staatsarchiv liegt ein Interview Rosa Luxemburgs mit der polnischen Zeitung „Kuryer Poznanski“ vom 28. September 1901 zu ihrer Verurteilung wegen angeblicher Beleidigung des preußischen Kultusministers Konrad von Studt in ihrer polnischen Broschüre „Zur Verteidigung der Nationalität“, Poznan 1900 (abgedruckt in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd.1/1, S. 810–828.) vor. Rosa Luxemburg erhielt eine Geldstrafe von 100 Mark. Auf die Frage: „Was denken Sie über ihren gegenwärtigen Prozess?“ antwortete Rosa Luxemburg: „Wir Sozialdemokraten fürchten uns vor keinem Prozess. In der polnischen Angelegenheit wird gewiss noch mancher von uns vor die Schranken des Gerichts hintreten. Eine Partei, wie die unsere, welche gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung kämpft, und welche die Idee repräsentiert, welcher wir alle warm und mit Begeisterung anhängen, muss auf so etwas vorbereitet sein.“¹¹

Ein Jahr zuvor stand Rosa Luxemburg vor dem Hamburger Schöffengericht. Von der Hamburger Polizei war sie wegen angeblichen Führens eines falschen Namens auf einer sozialdemokratischen Versammlung beschuldigt worden. Auf ein Auskunftersuchen der Hamburger Polizeidirektion von Dezember 1900 beschrieb der Berliner Polizeipräsident am 10. Januar 1901 wie an die Polizeidirektion Dresden die politischen Aktivitäten Rosa Luxemburgs in den neunziger Jahren und fuhr fort: „Im Jahre 1898 siedelte die Luxemburg von der Schweiz nach Deutschland über. Zunächst betrieb sie eifrige Reiseagitation, lebte vorübergehend in verschiedenen deutschen Städten und ließ sich im Mai desselben Jahres in Berlin nieder, ihre Zeit schriftstellerischen Arbeiten, namentlich für den ‚Vorwärts‘ widmend. Nachdem im Oktober 1898 die Redakteure der ‚Sächsischen Arbeiterzeitung‘, der oben genannte Karski-Marchlewski und der Euer Hochwohlgeborene bekannte Dr. Helphand (Parvus), aus Sachsen ausgewiesen waren, übernahm die Luxemburg vorübergehend die Redaktion dieses Blattes, legte dieselbe aber schon nach kurzer Zeit nieder, anscheinend, weil sie sich durch eine heftige Fehde mit dem ‚Vorwärts‘, speziell dem bekannten Gradnauer missliebiger gemacht hatte. Sie kehrte nun nach Berlin zurück, ist nach wie vor schriftstellerisch und als Reiseagitorin tätig und lebt zur Zeit anscheinend wieder in den

¹¹ GSTA, I. HA, Rep. 77, Titel 381, Nr. 22 adh 1, Bd. 15.

besten Beziehungen zum deutschen Parteivorstand. Wegen ihrer Beteiligung an den deutschen Parteitagen und an dem 1900er Pariser Kongress darf ich mich auf die ausführlichen Presseberichte beziehen.“¹²

Rosa Luxemburg wurde vom Hamburger Schöffengericht freigesprochen. Die beiden handschriftlichen Polizeiberichte über Weltpolitik und Handelspolitik Ende des Jahres 1900 sind im Bd. 6 der „Gesammelten Werke“ von Rosa Luxemburg enthalten. Anknüpfend an ihre Rede auf dem Sozialistenkongress in Paris 1900 warnte sie im Hamburger Wahlkreis Eimsbüttel am 13. Dezember 1900 erstmals vor einem Weltkrieg. „Heute sucht Deutschland in der ganzen Welt alle möglichen und nur unmöglichen Plätze unter der Sonne zu erobern. Wenn heute am Schlusse des Chinakrieges noch keine endgültige Aufteilung Chinas eingetreten ist, so ist der Grund darin zu sehen, dass einer der beteiligten Mächte der Erste sein will, diesen Raub zu vollziehen, denn ein unabsehbarer Weltkrieg könnte hieraus entbrennen.“¹³

1903 nahm Rosa Luxemburg am Reichstagswahlkampf im Regierungsbezirk Posen und im Königreich Sachsen teil. Dabei nahm sie immer auf eine Rede Kaiser Wilhelm II. aus dem Jahre 1902 in Breslau Bezug, in der dieser von einer guten und gesicherten Existenz der deutschen Arbeiter gesprochen hatte. Rosa Luxemburg belegte mit Fakten, dass das ein völlig unzutreffendes Urteil ist und Wilhelm II. keine Ahnung von den Lebensbedingungen der Arbeiter habe.¹⁴ Der überwachende Beamte der Versammlung am 7. Juni 1903 in Mülsen-St. Michael zeigte Rosa Luxemburg bei der Staatsanwaltschaft Zwickau dringend wegen verübter Majestätsbeleidigung an. Nach den Akten des sächsischen Justizministeriums hatte die Staatsanwaltschaft Zwickau in Luxemburgs Worten zunächst keine Majestätsbeleidigung erblickt. Das Königlich Sächsische Ministerium des Innern dagegen erachtete in einem Schreiben an das Justizministerium „die Äußerung als eine gewollte Verhöhnung des Kaisers und eine beabsichtigte Herabsetzung seines Ansehens“¹⁵. Daraufhin wies das sächsische Justizministerium die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Zwickau an, gegen Rosa Luxemburg wegen Vergehens gegen § 95 des Strafgesetzbuches ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Im Prozess schrumpfte die ganze Anklage

¹² Staatsarchiv Hamburg, Nr. 331–3, Politische Polizei, S 9438, Bl. 4–6.

¹³ Rosa Luxemburg, Weltpolitik und Sozialdemokratie, in: GW, Bd 6. 1893 bis 1906. Hrsg. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2014, S. 311/312.

¹⁴ Siehe Rosa Luxemburg, Verteidigungsrede und Schlußwort am 17. Januar 1904 vor dem Landgericht Zwickau, in: Ebenda, S. 493/494.

¹⁵ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Nr. 751/14, Bl. 43 ff.

auf die Behauptung von einem „höhnischen Ton“ der Angeklagten zusammen. Das Urteil lautete jedoch auf drei Monate Gefängnis.

In ihrer politischen Tätigkeit kämpfte Rosa Luxemburg engagiert gegen den Militarismus, gegen ungeheure Lebensmittelverteuerungen und gegen sozialreformerische Illusionen. Ab 1905 war für Rosa Luxemburg die Propagierung des politischen Massenstreiks als Kampfmittel ein weiterer Schwerpunkt. Denn ihr war klar, dass sich im Massenstreikproblem alle strittigen Fragen der deutschen Arbeiterbewegung bündeln.

Im Band 6 ist das Referat Rosa Luxemburgs: „Der politische Massenstreik“ am 14. November 1905 im zweiten Hamburger Wahlkreis sowohl nach dem Bericht des „Hamburger Echos“ als auch nach dem handschriftlichen Polizeibericht¹⁶ abgedruckt. Der Vergleich zeigt, dass der Polizeibericht ausführlicher und prägnanter die Ausführungen Rosa Luxemburgs wiedergibt.

Dokumente über Rosa Luxemburgs wirkungsvollen Anteil an ökonomischer und wirtschaftsgeschichtlicher Bildungsarbeit in Berlin auf öffentlichen Großveranstaltungen im Oktober/November 1907 fanden wir ebenfalls im Bestand Polizeipräsidium Berlin.¹⁷ Es handelt sich um sechs Polizeiberichte und einen „Vorwärts“-Bericht zu sechs Vorträgen in Berlin-Kreuzberg mit insgesamt 4.600 Teilnehmern. Sie befinden sich im Band 7/1. In der Akte der Berliner politischen Polizei unter dem Titel „Sozialdemokratische Bestrebungen“ finden sich über alle sechs Vorträge Rosa Luxemburgs zur Einführung in die Nationalökonomie bisher unbekannte handschriftliche Berichte von Polizeibeamten.

Das ausgedruckte Programm lautete:

„Einführung in die Nationalökonomie.

1. Was ist Nationalökonomie?
2. Die gesellschaftliche Arbeit.
3. Der Austausch.
4. Die Lohnarbeit.
5. Die Herrschaft des Kapitals.
6. Die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.“¹⁸

Im Polizeibericht zum ersten Vortrag von Rosa Luxemburg wurde vermerkt, dass begrifflich Nationalökonomie eigentlich der falsche Aus-

¹⁶ Erstveröffentlichung durch Ulla Plener in: Utopie kreativ (Berlin), Heft 171, Januar 2005, S. 55–66.

¹⁷ Siehe LAB, A Pr. Br. Rep. 30, Nr. 12994, Bl. 72–83 und Erstveröffentlichung durch Eckhard Müller, Rosa Luxemburgs öffentlicher Vortragszyklus zur Nationalökonomie im Herbst 1907. Sechs unbekannte Berichte der Berliner politischen Polizei, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2013/II, Mai 2013, S. 123–138.

¹⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 30, Nr. 12994, Bl. 68.

druck sei, es dafür eigentlich „Weltwirtschaftsökonomie“ heißen müsste. „Sie führte als Beweis dafür [an], dass eine Wirtschaftsökonomie innerhalb einer Nation unmöglich sei, die Entwicklung der Baumwollindustrie an und zeigte an der Hand dieser Entwicklung, welche gegenseitige Abhängigkeit zwischen fast allen Nationen sich an dem Verlauf der Entwicklung der Baumwollindustrie feststellen lasse u. so sei es mit allen Industriezweigen.“ Die Nationalökonomie sei eine Wissenschaft, „die erst infolge des Kapitalismus entstanden sei“. Man brauche „diese Wissenschaft um Rätsel zu lösen wie z.B., wodurch entstehen Krisen, Arbeitslosigkeit, Preisschwankungen.“¹⁹

Im Unterschied zum Bericht des „Vorwärts“ dokumentierte der Polizeibeamte auch zwei Fragen aus dem Publikum. Die erste Frage lautete, „ob Rosa Luxemburg alle bürgerlichen Professoren für zu unwissend hält, um die Nationalökonomie zu begreifen?“ Zur Beruhigung erhielt die Fragerin von der Referentin die Antwort, „dass alle diese Herren schwer gelehrt seien, dass sie aber nicht fähig seien, den sozialen Zusammenhang der Weltwirtschaftsökonomie zu begreifen, denn das sei eine Wissenschaft, die sich gegen die herrschenden Klassen richtet.“ Zweitens wurde gefragt, „ob es streng wissenschaftlich sei, von ‘Entmenschten Bourgeois’ zu sprechen?“ „Die L.[uxemburg] hilft sich auch hier aus der Verlegenheit. Sie antwortet: Zunächst müsse sie auf die in der Frage enthaltene Spitze antworten, dass man streng wissenschaftlich sein und dennoch, nur gerade deshalb Temperament besitzen muss. Jede Wissenschaft ist eine Kampfwissenschaft als Beispiel nennt sie die Naturwissenschaft und die Namen Darwin und Haeckel. Die Bourgeois sind durch die historische Entwicklung des Kapitalismus zu ihrer unmenschlichen Ausbeutungswirtschaft gezwungen, gerade das beweist die Nationalökonomie, und in diesem logischen Zusammenhang hat sie das Wort unmenschlich oder entmenschlich in Bezug auf die Bourgeoisie streng wissenschaftlich gebraucht.“²⁰

Die Vorträge zeigen exemplarisch, wie Rosa Luxemburg anhand historischer Beispiele, ökonomischer und sozialer Zusammenhänge Sozialdemokraten bildhaft über Ursprünge und Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft aufklärte. Die Vorträge Rosa Luxemburgs im Oktober/November 1907 in Berlin waren eine Vorstufe und Grundlage zu ihrer fragmentarischen Schrift „Einführung in die Nationalökonomie“, die erstmals 1925 von Paul Levi herausgegeben wurde.

¹⁹ Rosa Luxemburg, Vortragszyklus über Nationalökonomie, in: GW, Bd. 7/1, S. 109.

²⁰ Ebenda, S. 109/110.

Die sechs Themenschwerpunkte der Vorträge Rosa Luxemburgs entsprechen 6 Gliederungspunkten ihrer Schrift.²¹ Die in den Polizeiberichten erfassten Inhalte, Argumentationslinien und wesentlichen politischen Aussagen sind in den Aufzeichnungen von Jacob Walcher und Rosi Wolfstein im Band 7/1 über ihre Vorlesungen zur Nationalökonomie und in den Texten ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ enthalten, natürlich waren sie ausführlicher und mit viel statistischem Material angereichert.

Den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess zur Propagierung und Anwendung des politischen Massenstreiks spiegeln besonders Reden Rosa Luxemburgs in drei parteiinternen Veranstaltungen, so auf einer Parteivorstandssitzung mit Gewerkschaftsvertretern Anfang August 1913, auf einer nicht öffentlichen Sitzung des Jenaer Parteitag 1913 mit ausländischen Gästen²² und in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Januar 1914 wider²³, die nur in handschriftlichen Polizeiberichten überliefert und im Band 7/2 abgedruckt sind. Diese Spitzelberichte gingen vom Berliner Polizeipräsidenten als streng vertrauliche und geheime Berichte an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz.

Wie diese Informationen erlangt wurden, geht zu einem Teil aus einer Akte im Bestand Polizeipräsidium Berlin mit dem Titel: „Das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der Polizei, Spitzelsachen, 1889–1918“ hervor. Demnach sollen durch Angestellte im technischen Apparat des zentralen SPD Parteibüros in der Lindenstraße in Berlin-Mitte parteiinterne Materialien an die politische Polizei weitergegeben worden sein,²⁴ darunter auch weitere Berichte über Sitzungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD.²⁵

²¹ Siehe Rosa Luxemburg, GW, Bd. 5. Ökonomische Schriften, Berlin 1975, S. 524, Anmerkung 1 zu ihrem Fragment „Einführung in die Nationalökonomie“.

²² Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik. Zwei bisher unveröffentlichte parteiinterne Ansprachen vom Sommer 1913, in: Ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, in: Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 6, Leipzig 2008, S.118–126.

²³ Siehe Rosa Luxemburg, Kommt der Massenstreik als Verteidigungsmittel des Proletariats in einer veränderten politischen Konstellation in Betracht? In: GW, Bd. 7/2, S. 806–809 und Annelies Laschitza, Eckhard Müller: Zu Rosa Luxemburgs Ideal von einer bewussten freien Selbstbestimmung der Volksmassen, in: Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hrsg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin 2012, S. 119–122.

²⁴ Siehe Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 30, Nr. 15944, Bl. 167.

²⁵ Siehe ebenda, Nr. 15908, 15909, 15910.

In Band 7/2 befindet ein polizeilicher Überwachungsbericht über eine am 22. Februar 1914 abgehaltene Protestversammlung in Frankfurt/Main gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs wegen ihres antimilitaristischen Kampfes, der bereits 1960 in einer Publikation veröffentlicht worden war.²⁶ Vom 22. Februar bis Mai 1914 trat Rosa Luxemburg vor Tausenden und Abertausenden von Männern und Frauen in stets überfüllten Sälen auf Protestversammlungen gegen ihre Verurteilung weiter in Bornheim, Berlin, Freiburg im Breisgau, Stuttgart, Karlsruhe, München, Nürnberg, Heilbronn, Göppingen und in Gmünd auf. Ihre Reden in diesen Orten sind zum großen Teil im Band 7/2 der „Gesammelten Werke“ erstmals veröffentlicht worden.²⁷ Am 8. Juli 1914 titelte die Allgemeine Gerichtszeitung „Die Tribüne“ in Berlin in Anlehnung an einen Ausspruch von Reichskanzler Otto von Bismarck am 6. Februar 1888 im Reichstag: „Die Deutschen fürchten Gott und die Rosa Luxemburg.“²⁸

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und der Verhängung des Belagerungszustandes Anfang August 1914 waren für den antimilitaristischen Kampf gänzlich neue Bedingungen vorhanden und neue Anforderungen gestellt.²⁹ Rosa Luxemburg wurde 1915 bzw. 1916 von den staatlichen Repressionsorganen wie Karl Liebknecht durch Gefängnis bzw. Zuchthaus und „militärische Schutzhaft“ bewusst von ihren Anhängern getrennt und damit versucht sie zu isolieren.³⁰

Am 10. Juli 1916 wurde Rosa Luxemburg auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken in „Schutzhaft“ genommen. Der Berliner Polizeibehörde oblag die Aufgabe, die Festnahme zu bewirken und Rosa Luxemburg dem Gewahrsam zuzuführen. Im Bericht der Abteilung VII des 3. Kommissariats an das Polizeipräsidium Berlin vom 27. Juli 1916 wird eingeschätzt: „Bei den radikalen Linken macht sich jetzt das Fehlen der Luxemburg bemerkbar, der eigentlichen geistigen Leiterin derartiger Aktionen [gemeint sind Antikriegsaktionen]. Von ihr nahmen bekanntlich auch die Kundgebungen für ihren Intimus Liebknecht ihren Ausgang. Natürlich ist Dr. E. Meyer für sie eingesprungen, und es empfiehlt sich,

²⁶ Siehe Rosa Luxemburg im Kampf gegen den deutschen Militarismus. Prozessberichte und Materialien aus den Jahren 1913 bis 1915, Berlin 1960, S. 114/115

²⁷ Siehe GW, Bd. 7/2, S. 810–850

²⁸ Rosa Luxemburg, Vorbereitung auf den Prozess über Soldatenmisshandlungen, in: Ebenda, S. 875.

²⁹ Siehe Eckhard Müller, Rosa Luxemburg zu den Bedingungen des Friedens vor und im ersten Weltkrieg, In: Welt ohne Krieg? Gesellschaftliche Bedingungen des internationalen Frieden, Rosa Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2004, S. 7–26.

³⁰ Siehe Annelies Laschitza, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1906, S. 481–584.

ihn recht bald in Schutzhaft zu nehmen.“³¹ In einer Stellungnahme zu einer Diskussion über Vorkommnisse in der Schutzhaft im Reichstag im November 1916 merkte der Beamte der politischen Polizei Oberregierungsrat Roedenbeck für den preußischen Minister des Innern Friedrich von Loebell an: „Die Verhängung der Schutzhaft gegen Rosa Luxemburg erfolgte, weil auf sie die Flugblätter ‘Was ist mit Liebknecht?, ‘Arbeiter und Arbeiterinnen!, ‘Hunger‘ und ‘2 ½ Jahr Zuchthaus‘ zurückzuführen sind. Eine Haussuchung ergab zwar wenig Belangreiches, liess aber keinen Zweifel, dass sie im ständigen engen Verkehr mit den Führern der radikalen Opposition stand.“³² Roedenbeck, der das Personendossier im preußischen Innenministerium über Rosa Luxemburg führte, antwortete am 29. Oktober 1918 auf die Anfrage: „Ist Ihnen die Freilassung der Luxemburg bekannt? Ich weiß es auch nur aus den Zeitungen.“³³

Der Quellenwert der publizierten Polizeiberichte³⁴ für die vorliegende Edition der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs ist immens. Mit bürokratischer Genauigkeit werden in den Polizeiberichten einschließlich der Berichte der Spitzel die politischen Aktivitäten und Auffassungen Rosa Luxemburgs ohne Verzerrungen und mit hohem Wahrheitsgehalt dokumentiert. Die Quellen zeigen, dass Rosa Luxemburg offensiv ihre Auffassungen in öffentlichen Versammlungen, in ihren Schriften, Artikeln, in ihren Bildungsvorträgen und Vorlesungen, auf Parteitag und nachweisbar in internen Beratungen vor den leitenden Gremien der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften darlegte. Die Vielfalt und die Breite der politischen Aktivitäten und Auffassungen Rosa Luxemburgs werden durch die Polizei- und Spitzelberichte ebenso wie durch bisher unbekannte sozialdemokratische Zeitungsberichte über Versammlungen in den Bänden 6, 7/1 und 7/2 sichtbar erweitert.

In der mehrbändigen Quellenedition „Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878–1913, Band 2, 1890–1906 und Band 3, 1906–1913, Berlin 1989 bzw. 2004 sowie im Band 4 „Berichte des Berliner Polizeipräsidiums zu Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin“, Weimar 1987 wird Rosa

³¹ Dokumente aus geheimen Archiven. Band 4. 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. Bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 145.

³² GSTA, I. HA, Rep. 77 CB S, Nr. 983, Bl. 34.

³³ Ebenda, I. HA, Rep. 77 CP P, Nr. 172, Dossier Rosa Luxemburg, Bl. 142.

³⁴ Siehe Die archivalischen Quellen. Eine Einführung in ihre Benutzung hrsg. von Friedrich Beck und Eckart Henning, Weimar 2004, S. 67–81.

Luxemburg generalisierend auf Grundlage der Analyse ihrer Schriften, ihres Auftretens auf den sozialdemokratischen Parteitag, auf Versammlungen und internen Beratungen als eine Führerin der Radikalen in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie charakterisiert.

Der Vortrag wurde auf der gemeinsamen Veranstaltung des Förderkreises und der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv gehalten, auf der Prof. Dr. Annelies Laschitza die neu erschienenen Bände 7/1 und 7/2 Rosa Luxemburg „Gesammelten Werke“ vorstellte.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Volker Caysa: Rosa Luxemburg – die Philosophin. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig: 2017. 88 S. (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Hrsg. von Klaus Kinner u. Manfred Neuhaus, Heft 13.), ISBN 978-3-947176-00-1

Starke Charaktere erwähnen sich oft starke Vorbilder. Petra Kelly, die grüne Friedensaktivistin, erkor Rosa Luxemburg zu ihrer „Lieblingsgestalt in der Geschichte“. Ihre Seelenverwandtschaft ging so weit, dass sie ihre Briefe manchmal mit „Rosa L.“ unterschrieb. Eine ähnlich starke Affinität für die Mitbegründerin der KPD hegte der im Vorjahr verstorbene Leipziger Philosoph Volker Caysa. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit ihrem Leben und Wirken zielte darauf, sie als eigenständige weitsichtige Philosophin, als originäre politische Denkerin in heutiges kollektives Bewusstsein zu heben. Sie also aus der ihr von linken und rechten Widersachern auferlegten Restriktion auf revolutionäre Märtyrerin und marxistische Nur-Ökonomin zu befreien.

Der marxistische ungarische Theoretiker Georg Lukács hatte Rosa Luxemburg zuerst als ernst zu nehmende Philosophin betrachtet. Doch hatte er ihre Ideen nur punktuell wahrgenommen. Caysa hingegen studierte ihr Werk systematisch. Nach seiner Überzeugung

verfügte sie über ein eigenes, konsistentes theoretisches Gebäude. „Das will ich, weil noch nicht geleistet, abgelöst von allem ihrem sonstigen Denken und Tun, als unser theoretisch-methodologisches Erbe herausarbeiten.“ Unter diesem Blickwinkel sind die im Heft 13 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte versammelten drei Essays zu verstehen: die Parrhesiastin, die Lebenskünstlerin und die Analytikerin des Empire. An dieser Stelle soll vor allem auf Caysas Überlegungen eingegangen werden, die Luxemburgs Demokratieauffassungen gelten, weil diese im Mittelpunkt ihrer politischen Philosophie stehen. Sie konstituieren den Essay über die Parrhesiastin und stellen, wie die anerkannte Luxemburg-Forscherin Annelies Laschitzka urteilt, den „philosophisch anspruchsvollsten Text“ der Schrift dar.

Volker Caysa geht es darin um eine erweiterte Interpretation der Demokratieanschauung Luxemburgs. Seiner Ansicht nach gründet sich diese in der Rücksichtnahme auf die Volksstimmung und die Gewährung öffentlicher Freiheit. Luxemburgs berühmte These bilde den Kern ihres Demokratiekonzepts: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Leider werde das berühmte Diktum oft nur verkürzt zitiert. Nach der textkritischen Edition der Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution – von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus initiiert und 2001 in Leipzig erschienen – müsse es exakt heißen: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden sich zu äußern.“ Caysa wendet sich gegen den Einwand,

das angefügte „sich zu äußern“ laufe auf eine Einschränkung des luxemburgischen Freiheitsbegriffs hinaus. Denn hier gehe es nicht „nur“ um Meinungsfreiheit, sondern um öffentliche Freiheit, also um einen semantischen Unterschied ersten Grades. Ohne die Möglichkeit, sich frei in der Öffentlichkeit in der Presse, im Vereins- und Versammlungsleben zu äußern, ohne „die Schule des öffentlichen Lebens“ (Luxemburg), habe die Idee der Freiheit für die Volksmassen keine Realität. Der demokratischen Sozialistin Rosa Luxemburg komme es also nicht nur auf das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie an, sondern auch von Sozialismus und Freiheit. Damit gehe sie von der Idee her weit über Lukács' Vorstellungen einer Demokratisierung des Sozialismus hinaus. Sie pflanze ihm nicht nur einen öffentlich-parlamentarischen Funktionsmechanismus ein, wie es Lukács gedenke. Sie implantiere einen sozial-freiheitlichen und in diesem Sinne republikanischen Funktionsmechanismus. So erweitere sich die Sozialismusvorstellung grundlegend. Caysa schlussfolgert, Marx hätte erkannt, der Kapitalismus könnte an der sozialen Frage scheitern. Rosa Luxemburg habe in der Auseinandersetzung mit Lenin befürchtet, dass der Sozialismus an Defiziten von Demokratie und Freiheit scheitern könnte.

Ihre Demokratieverfassung zielt aber nicht schlechthin auf öffentliche Freiheit, sondern auf die Wahrnehmung der Massenstimmung durch die Volksvertreter. Die öffentliche Freiheit

sei also Bedingung für die Möglichkeit von Demokratie überhaupt. Nur durch sie könne die Volkswille, der Volkswille, oder rousseauistisch gesagt, der *volonté générale*, in der Polis (und der Partei) herrschen. Dabei sei auch Rosa Luxemburg klar gewesen, wie problematisch die Herrschaft der „Volkswille“ sei. Der damit verbundene Volkswille könne zwar der Stimmung der Mehrheit entsprechen, müsse jedoch nicht im Interesse der Mehrheit sein. Man müsse, argumentiert Caysa, der Volkswille durchaus skeptisch begegnen und doch auf sie Rücksicht nehmen. In der Diktion Rosa Luxemburgs bedeute dies, die Volksvertreter dürfen sich nicht als politische Kaste in der parlamentarischen Demokratie von ihr abkoppeln. Nur so könne verhindert werden, dass die politische Klasse ihre veröffentlichte Meinung für die Stimmung der Massen hält, sie verfehlt, an ihr vorbei regiert und sich von ihrer Lebenswirklichkeit abtrennt.

Caysa erinnert auch an eine selten diskutierte Idee Rosa Luxemburgs, die heute wieder von aktueller Bedeutung sei: die politische und soziale Einbindung abgehängter Bevölkerungsschichten in die Gesellschaft. Die Philosophin (und revolutionäre Realpolitikerin) habe davor gewarnt, das „Lumpenproletariat“ nur pejorativ zu betrachten, wie es ein Großteil der (verbürgerlichten) Linken tat (und tut). Die Deklassierten seien aber nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Freiheit. Sie könnten auch eine positive, produktive Kraft werden, wenn ihr Zorn, ihre Wut, ihre Enttäuschung durch eine Avantgarde zur Sprache ge-

bracht und materialisiert werde. Insofern habe sich Rosa Luxemburg nicht nur durch den Druck der Straße bedroht gesehen, sie habe auch erkannt, dass die Macht auf der Straße liege und man nur verstehen müsse, sie aufzuheben. Für Caysa steht die bekennende Atheistin daher auch in der Tradition einer franziskanischen Linken. Franz von Assisi habe bekanntlich die von der christlichen Gesellschaft Ausgestoßenen in diese integriert und sie dadurch humanisiert.

Heft 13 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, „den Wahrern der kulturellen Identität der Linken“ Klaus Kinner und Manfred Neuhaus gewidmet, ist Volker Caysas Vermächtnis geworden. Mit dem „Parrhesiastin“-Essay huldigt der radikale und scharfsinnige Denker seinem Vorbild Rosa Luxemburg vornehmlich als helllichtiger Geistesriesin. Sie als „Analytikerin des Empire“ zu würdigen, gibt ihm Gelegenheit, eigene innovative Ideen über den aufziehenden Biokapitalismus zu entwickeln. Sein mit größter Empathie gezeichnetes Bild über „Die Lebenskünstlerin“ im gleichnamigen Kapitel verrät vielleicht am deutlichsten, welchen Verlust sein früher Tod für die entschiedene Linke bedeutet. Da hat einer gefühlt und gedacht, der Fleisch vom Fleische und Geist vom Geiste der großen freiheitlich-demokratischen Denkerin und revolutionären Kämpferin gewesen ist.

Wulf Skaun

Andreas Heyer: Der gereimte Genosse. Goethe in der SBZ/DDR. Tectum Verlag, Marburg 2017. 483 S., ISBN 978-3-6288-1992-2

Der Herausgeber des Nachlasses von Wolfgang Harich wirft die Frage auf, welche Theoretiker, Politiker, Schriftsteller und Künstler durch ihr Wirken und mit ihrem Wirken im Sozialismus einen Platz finden sollten. In verschiedenen kleineren Arbeiten befasste er sich mit der Rezeption Jean-Jacques Rousseaus in der DDR, mit der Logik-Debatte in der jungen DDR-Philosophie und mit dem Streit um Hegel und Kant. In der vorliegenden Schrift versucht er über eine „Rampe“ zum Erbeverständnis der DDR in ihrer Gänze vorzudringen. Diese Rampe habe einen Namen: Johann Wolfgang von Goethe. Die DDR musste eine Antwort auf folgende Fragen finden: In welcher Tradition will man stehen? Wer hat Sozialismus und Humanismus vorbereitet? An welche Knotenpunkte der Geschichte knüpft die Entwicklung des Sozialismus an? Dem Goethe-Jahr 1949 kam in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

Heyer geht es dabei nicht um Goethe selbst, sondern darum, was über ihn gesagt wurde, wie er verstanden und missverstanden Einzug in die DDR fand. Ihm fiel auf, dass Intellektuelle in ihren Interpretationen nicht Goethe und Schiller nebeneinander stellten, sondern Goethe und Hegel. Wo es ging hätten die Intellektuellen der DDR versucht, Hegel aus der Verteufelung zu befreien, in die ihn die dogmatische sowjetische Lehre zu verbannen suchte. Heyer konzentriert sich auf die drei großen marxistischen Denker deutscher Sprache im 20. Jahrhundert: Georg Lukács, Ernst Bloch und Wolfgang Harich. Hinsichtlich Goethes müsse auch Hans Mayer ge-

nannt werden. Diese Vier wirkten in der SBZ/DDR bis zur Zäsur im Jahre 1956. Danach waren sie in der DDR unerwünscht: Harich kam ins Zuchthaus, Lukács wurde über den Umweg Rumänien nach Budapest verbannt, Bloch und Mayer verließen in den frühen sechziger Jahren die DDR.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Zuerst geht es um die Rekonstruktion des Goethe-Jubiläums 1949. Unter der Überschrift „Zwischenstücke“ wird sodann der Umbruch von 1956 dargestellt und die Erbe-Aneignung für Schiller und Heine beleuchtet. Abschließend befasst sich Heyer mit der marxistischen Arbeit am Humanismus, an der deutschen Klassik und an der klassischen deutschen Philosophie.

Heyer polemisiert gegen Gerd Dietrichs Floskel vom „antifaschistischen Gründungsmythos“ der DDR. Natürlich sei der Antifaschismus von „oben“ verordnet, aber sicherlich auch von „unten“ getragen und gewünscht worden. Ganz bestimmt sei er kein Mythos, sondern Realität, der vielleicht wichtigste Bestandteil des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gründungskonsenses des kleineren deutschen Staates, gewesen.

Heyers Bewertung des Briefes von Johannes R. Becher an Wolfgang Harichs Mutter im Jahre 1957 muss mit einem Fragezeichen versehen werden. Becher hatte nicht geschrieben, dass er Harich „eigentlich gar nicht gekannt und niemals getroffen habe“ (S.308). Becher versuchte vielmehr, seine Kontakte zu Harich herunterzuspielen. Er wollte diese auf die Gründungsveranstaltung des Kulturbunds im Jahre 1945 beschränkt

wissen. Wörtlich schrieb Becher: „Das einzige Mal, wo ich Ihren Sohn ‚heranzog‘ war bei der Gründungsversammlung des Kulturbunds in der Masurenallee, aber seine Rede schien uns allen missglückt zu sein und sie gelangte nicht zum Abdruck.“

Alles in allem legte Heyer eine äußerst anregende Untersuchung zum Thema Erbe und Tradition der DDR vor.

Siegfried Prokop

Siegfried Prokop: "Die DDR hat's nie gegeben": Studien zur Geschichte der DDR 1945 bis 1990, 306 Seiten, edition bodoni, Berlin 2017, ISBN: 978-3940781796

Der Titel „Die DDR hat's nie gegeben“ führt etwas in die Irre. Für nicht wenige Zeitgenossen hat es die DDR viel zu lang gegeben, für andere hingegen nicht lang genug. Die einen konnten bzw. können dem ersten staatsförmigen Sozialismusversuch auf deutschem Boden nichts abgewinnen und führen die DDR als Beleg für die Unmöglichkeit eines funktionierenden Sozialismus an. In die zweite Kategorie fallen jene, denen es in der DDR besser ging als heute oder die vom Westen aus bzw. als Nachgeborene den Realsozialismus romantisieren und seine Schattenseiten negieren.

Siegfried Prokop möchte mit seinem neuen Buch weder die eine noch die andere Kategorie bedienen. Der Band enthält 23 teils neue, teils veröffentlichte Beiträge aus seiner Feder, die sich mit der Geschichte der DDR befassen. Die Texte stammen aus den letzten beiden Dekaden und wurden für das vorliegende Buch nach den historischen Ereignissen

nissen chronologisch angeordnet.

Entsprechend widmen sich die ersten drei Texte den 1940er Jahren. Die Interessen der vier Besatzungsmächte werden ebenso dargestellt, wie die zunehmenden (deutschlandpolitischen) Differenzen unter ihnen. Prokop zeigt auf, dass die deutsche Teilung und der Kalte Krieg nicht allein Schuld des Ostens waren. Er erinnert daran, dass Adenauer lieber „ein halbes Deutschland ganz als ein ganzes halb“ wollte. Stalins Deutschlandpolitik habe dem Westen dabei in die Karten gespielt. Denn während in der Bundesrepublik schon längst die Weichen auf Westen gestellt und mit dem Marshallplan das „Wirtschaftswunder“ eingeleitet wurde, habe Stalin noch an ein entmilitarisiertes Gesamtdeutschland gedacht und der ostdeutschen Wirtschaft mit einer Deindustrialisierungspolitik Schaden zugefügt. Die DDR-Gründung interpretiert Prokop denn auch eher als Notlösung, nachdem im Mai 1949 die BRD gegründet worden war.

Der Entwicklung in den fünfziger Jahren widmet der Autor zehn Beiträge – ein Beleg dafür, dass dieses Jahrzehnt als das interessanteste und entwicklungsoffenste bezeichnet werden kann. Zwar waren hier die Repressionen am härtesten, zugleich gab es aber bis mindestens 1956 produktive intellektuelle Debatten, wie Prokop als Kenner der Geschichte des Kulturbundes und des Denkens von Wolfgang Harich schon oft nachgewiesen hat.

Er widmet sich in mehreren Texten der Parteiprogrammatik sowie der Wirtschaftspolitik der SED. So formulierte die Partei bei ihrer Gründung 1946 nur

Grundsätze, die für Prokop aber wesentlich substanzieller waren als die späteren Parteiprogramme von 1963 und 1976.

Mit dem 17. Juni 1953, einer schwerwiegenden Zäsur für die Politik der SED, setzt sich der Autor ausführlich auseinander. Die Beschlüsse der II. Parteikonferenz 1952 zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ sollten durch höhere Steuern und Einsparungen in der Daseinsvorsorge finanziert werden. Diese Politik, in Kombination mit den Normerhöhungen, trug zum Aufstand bei. Aber auch außenpolitische Gründe werden hinzugezogen: Die Uneinigkeit der UdSSR-Führung nach Stalins Tod im Hinblick auf die Deutschlandpolitik sowie die propagandistische Ausnutzung des Aufstandes durch die Adenauer-Regierung, die somit vom eigenen Westkurs ablenken und den schwarzen Peter für die Teilung der DDR zuschieben konnte. Ohnehin die Ostpolitik der Bundesrepublik: Prokop geht fest davon aus, dass Adenauer kein Interesse an einer Deutschen Einheit unter anderen als seinen westlichen Vorzeichen hatte. Er stellt den 1952 in Bonn gegründeten „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ vor, der das Ziel hatte, Strategien zur Übernahme der DDR zu entwickeln. Diese ähnelten den von Lafontaine 1989/90 vorgestellten Überlegungen zu einer vorsichtigen, die ökonomischen Strukturen der DDR nicht zerstörenden Transformation. Aber: „Die von der Arroganz der Macht beherrschte Regierung unter Helmut Kohl lehnte die wohlüberlegten Konzepte des Forschungsbeirats ab.“ (S. 132)

Kritisch anzumerken ist, dass bei der Lektüre des Buches der Eindruck entsteht, die Adenauer-Regierung habe agiert, Ulbricht hingegen nur reagieren können. Diese Passivrolle widerspricht zwar in angenehmer Weise der dominierenden DDR-Geschichtsschreibung, wonach Moskau und „Pankow“ allein die Teilung Deutschlands zu verantworten hatten und in ihrer Besatzungszone ein Unrechtsregime errichteten. Sie birgt aber auch das Risiko, Ulbricht aus der Verantwortung zu nehmen und ihn nahezu zum Opfer westlicher (bzw. Moskauer) Interessen zu reduzieren. Dies betrifft auch Prokops Lesart des Mauerbaus: Ulbricht habe „nur“ die Luftkontrolle über Gesamt-Berlin gewollt, nicht den Mauerbau. Diese Provokation in Richtung Westen hätte fast zur Eskalation geführt, wenn Kennedy nicht eingelenkt und es Geheimgespräche zwischen Sonderbotschafter McCloy mit Chruschtschow gegeben hätte. Dieser habe dann die Entscheidung zum Mauerbau getroffen, so Prokop. „Der 13. August war das Resultat eines historischen Kompromisses zwischen den USA und der Sowjetunion.“ (S. 231) Unabhängig von der Schuldfrage ist zu konstatieren, dass es in der DDR nach dem Mauerbau ökonomisch sowie kulturell aufwärts ging. Das Wirtschaftswachstum in den 60er Jahren war hoch, Industrieanlagen entstanden, Automatisierung, Elektronik, Gerätebau und Chemie boomten, 1967 konnte die 5-Tage-Woche mit 15 Tagen Jahresurlaub eingeführt werden. Die neue DDR-Verfassung wurde in einer Volksabstimmung mit 98,5 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Diese positive Stimmung

nebst einer Hochschulreform habe dazu geführt, dass es in der DDR zu keiner Studentenrevolte gekommen sei. Im Gegenteil: Laut Prokop habe Ulbricht sogar mit der tschechoslowakischen Führung sympathisiert und insgeheim deren Anti-Breschnew-Kurs begrüßt. Er selbst sei ja damals durch seinen autonomen Kurs in Moskau angeeckt. Mit der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ sei dann auch Ulbrichts Ende und damit Honeckers Aufstieg eingeleitet worden.

Der Neue an Spitze von Partei und Staat habe die DDR dem Willen Moskaus unterworfen, was sich eine Dekade später als schwerwiegender Fehler herausstellen sollte. Breschnews Wirtschafts- und vor allem Rüstungspolitik führte das Land in die Krise. Durch die enge Anbindung sei die DDR mit in den Abwärtsstrudel geraten. Souveräne Entscheidungen habe Honecker nur im Hinblick auf die Westpolitik gewagt. Seine Dialogbereitschaft mit Bonn, um eine außenpolitische Normalität für die DDR herzustellen, wurde von Moskau kritisch beäugt. Den außenpolitischen Erfolgen steht jedoch eine Reformverweigerung nach innen gegenüber, die das Land in eine Sackgasse führen sollte, aus der es 1989 nicht mehr herauskam. Die letzten vier Beiträge des Buches widmen sich dem Ende der DDR. Prokop beschreibt die Gründe für den Machtverlust der SED, lobt die Dialogbereitschaft aller Akteure im Herbst/Winter 1989/90, die eine friedliche Transformation erst möglich gemacht habe. Er schildert, wie und warum Lothar de Maiziere von Bonn überumpelt wurde und dass die Währungs-

union der Genickschlag für die DDR-Wirtschaft war. Auch hier gewinnt man den Eindruck, dass Bonn agierte und die Ostdeutschen nur passiv gewesen seien. Die Mehrheit der Ostdeutschen wählte jedoch bewusst die „Wirtschafts- und Währungsunion“ um jeden Preis – zum Teil in dem Irrglauben, durch Fleiß und Arbeit in wenigen Jahren Westniveau erreichen zu können. Auch Prokops Einschätzung, dass das „Stasi-Syndrom“ (S. 273) einzig im Interesse westlicher Kräfte und materiell interessierter Ostdeutscher gewesen sei, kann der Rezensent nicht teilen, denn sie ignoriert die tatsächlichen Opfer der Repressionen in der DDR.

Im letzten Beitrag benennt Prokop einige Gründe für das Scheitern der DDR: Das Verfehlen der emanzipatorischen Ziele von Marx (er zieht hier die Analysen von Fritz Behrens und Rudolf Bahro heran), den kontinuierlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität in den letzten beiden Dekaden, die hohen Rüstungsausgaben sowie die hohen Ausgaben für Sozialpolitik zu Lasten von Investitionen.

„Die DDR war mehr als nur ein Versuch bzw. ein Experiment.“ (301) Dem ist beizupflichten. Aus der DDR-Geschichte zu lernen, Fehlentwicklungen und Errungenschaften zu analysieren und daraus Lehren für gesellschaftliche Alternativen zu ziehen, bleibt weiterhin Aufgabe. Prokops lesenswertes Buch kann hierzu Anregungen geben.

Alexander Amberger

Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden (Teil III). In memoriam Prof. Dr. Heinrich Gemkow. 26. Juni

1928 – 15. August 2017, 72 S., Helle Panke e.V.: Pankower Vorträge. Nr. 216, Berlin 2017

Das auf Initiative von Prof. Dr. Walter Schmidt zustande gekommene Heft würdigt Leben und Werk des im Sommer 2017 verstorbenen Historikers und Marx-Engels-Forschers Heinrich Gemkow. Eine nur scheinbar zufällig zusammengestellte Reihe von Beiträgen beleuchtet nicht nur die vielfältige wissenschaftliche Tätigkeit des Verstorbenen, sondern erinnert auch an eine ungewöhnliche Persönlichkeit. Eingeleitet wird das Heft mit der Rede Rolf Heckers auf der Trauerfeier, in der Leben und Werk Heinrich Gemkows eindrucksvoll gewürdigt wird. Ergänzung fand diese Rede durch den Beitrag von Conrad Neumann. Der Großneffe des Marx-Engels-Forschers verlas einen Brief Heinrich Gemkows, in dem dieser von Altersweisheit geprägte Ratschläge an die jüngere Generation gibt. Es folgt darauf eine Reihe von Erinnerungen, in denen von gemeinsam Erlebten und Geschaffenem berichtet wird. Das Arbeitsleben Professor Gemkows war in hohem Maße durch seine Tätigkeit im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED geprägt. Es ist also kein Zufall, dass in diesem Abschnitt überwiegend ehemalige Mitarbeiter dieses Instituts zu Worte kommen. Der Platz reicht nicht aus, jeden dieser Beiträge detailliert zu würdigen, eine kurze Aufzählung aber sei doch gestattet, wobei auf Titel und Funktionen im Institut verzichtet wird. Günter Benser umreißt die Zeit von der ersten Bekanntschaft mit Heinrich Gemkow in den 50er Jahren

des vergangenen Jahrhunderts und der Zusammenarbeit in den nachfolgenden Jahrzehnten bis zum Jahr 1989. Ursula Herrmann würdigt dessen Verdienste um die Bebel-Forschung, während Martin Hundt über das Hauptarbeitsgebiet Heinrich Gemkows, die Marx-Engels-Forschung und -Edition berichtet. Annelies Laschitza sah in ihm einen Förderer und Ratgeber und Richard Sperl in seinem sehr persönlich gehaltenen Beitrag einen wahren Freund. Fritz Zimmermann erinnert daran, dass dieser der eigentliche Gründer der Institutszeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ war. Neben den ehemaligen Institutsmitarbeitern kommen hier aber auch weitere Freunde des Verstorbenen zu Wort. Da gibt es einen Abschiedsgruß von Mitarbeitern der MEGA und des Archivs aus Moskau, Hans Pelger erinnert an seine Begegnungen mit ihm, und Walter Schmidt ehrt mit bewegenden Worten den Forscherkollegen, Gesinnungsgefährten und Freund. Eine wertvolle Ergänzung findet das Heft durch den Abdruck von zwei Schriften aus der Feder Heinrich Gemkows, „Zum Alltag des alternden Engels“ und „Frauen um Friedrich Engels“. Hier zeigen sich noch einmal die besonderen Stärken des Autors: Faktenreichtum, wissenschaftliche Akribie, präzise, kluge Wortwahl verbunden mit der Sympathie des Verfassers für Friedrich Engels, die auch den Leser anrührt. In der abschließend in das Heft aufgenommenen, von Dagmar Goldbeck erarbeiteten Auswahlbibliographie der Schriften Heinrich Gemkows aus den Jahren 2003 bis 2009 (die vollständige Bibliographie ist im Internet unter helle-

panke.de einzusehen) zeigt sich, dass dieser trotz Schicksalsschlägen und schwerer Krankheit am wissenschaftlichen Leben interessiert und beteiligt war. Sicher hätte man sich im Heft noch manche Ergänzung denken und wünschen können, so blieb zum Beispiel der Bibliophile Heinrich Gemkow unerwähnt. Wer ihn aber gekannt und geschätzt hat, wird hier nicht nur Bekanntes, sondern auch manch Neues entdecken.

Heinz Sommer

Annelies Laschitza: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa-Luxemburg in mehr als 50 Jahren. Rosa Luxemburg-Stiftung Sachsen Leipzig 2017, Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 14

Diesen 14. Forschungsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die Annelies Laschitza am Beginn der 1990er Jahre mit aus der Taufe gehoben hat, nennt die Autorin einen „Zauberring der Erinnerung“. Er ist das zauberhaft ehrliche Zeugnis eines schweren, ausgefüllten, reichen, erfolgreichen Wissenschaftlerlebens mit und für Rosa Luxemburg. Der Leser ist von der ersten Zeile an fasziniert von der lebensbejahenden, Schwierigkeiten in der Ausbildung ebenso wie Konflikten in der Arbeit und nicht mangelnden persönlichen Nackenschlägen tapfer trotzens Lebensgeschichte einer starken Frau, die zu einer international gefragten, bekannten und anerkannten Historikerin und vielleicht bedeutendsten Rosa-Luxemburg-Editorin unserer Zeit wurde. Annelies Laschitza zeichnet nach, was in mehr als einem halben Jahrhundert

geleistet wurde, um das Werk Luxemburgs in allen seinen Teilen – die theoretischen und politischen Schriften, die journalistischen Beiträge und last but not least vor allem die umfangreiche Korrespondenz – der internationalen Forschung und wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Existenz der DDR war ohne Frage eine Voraussetzung dafür, aber die wissenschaftliche Qualität dieser Edition musste den Parteioberen in Moskau und Berlin hart abgerungen werden.

Annelies Laschitza hat zugleich das Bild dieser wunderbaren Frau, einer großen Revolutionärin und überzeugten Humanistin uns durch zahlreiche biografische Schriften nahe zu bringen gewusst. Ihre biografischen Studien haben – wie wohl nur wenige Publikationen über Rosa Luxemburg – verstanden, das großartig Rationale in ihrem Leben und Wirken zu verbinden mit dem tief Emotionalen, ihrer Liebe zur Natur und zu den Künsten, ihren Freundschaften volle Geltung verschafft und sie auch als leidenschaftliche Geliebte vorzustellen nicht gescheut. All dies sichtbar zu machen lag der Autorin von Anfang an besonders am Herzen. Das spürt der Leser ihrer Erinnerungen und es berührt ihn.

Für das Ziel, das sich Annelies Laschitza am Beginn ihrer wissenschaftlichen Laufbahn gesetzt hatte, hat sie mit einer kleinen Gruppe von Mitstreitern, von denen hier nur Günter Radczun und Eckhard Müller genannt seien, all ihre Kräfte eingesetzt, in der DDR oft ebenso taktisch klug wie hartnäckig gegen Widerstände und Dummheiten kämpfend, ohne dabei ihre Fami-

lie und ihren schwer erkrankten Lebenspartner auch nur einen Moment zu vernachlässigen. Sie hat energisch und letztlich erfolgreich daran gearbeitet, die unsägliche stalinistische Verfemung Luxemburgs zu überwinden und so mitgewirkt, der nicht nur von allen Linken in der Welt hochgeschätzten Frau den ihr gebührenden Ehrenplatz als Revolutionärin, Theoretikerin und Humanistin zu verschaffen. Die hier wieder abgedruckten Vorworte für die Bände 6 und 7/1 und 2 der Gesammelten Werke vertiefen das Bild von diesem Ringen um eine wissenschaftlich anspruchsvolle, allen internationalen Standards entsprechende Edition.

Annelies Laschitza war die Seele der Rosa-Luxemburg-Forschung in der DDR und sie ist es in der Bundesrepublik geblieben. Sie hat der deutschen Wissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der Bundesrepublik Deutschland alle Ehre gemacht. Die Luxemburg-Edition und die von der Autorin in ihrem Zauberring geschilderten Auftritte auf zahlreichen internationalen Konferenzen legen davon beredtes Zeugnis ab. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, dass die Autorin zugleich Meriten bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erworben hat. Nicht zuletzt verdeutlicht dies ein von einem Kollektiv unter ihrer Leitung erarbeiteter erster, 1989 gerade noch erschienener, von der Mehrheit der zeitgenössischen deutschen Historikerschaft freilich tunlichst beschwiegener Band, der fälschlich als Geschichte der SED firmiert war. Es ist in Wirklichkeit aber eine Geschichte der deutschen Ar-

beiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Vorabend der deutschen Novemberrevolution, die nicht wenige neue Aspekte liefert. An diesen Arbeiten durfte der Rezensent Annelies Laschitzka als exzellente Bandleaderin erleben.

Walter Schmidt

Günter Benser, Dagmar Goldbeck, Anja Kruke (Hrsg.): Bewahren – Verbreiten – Aufklären. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung. Supplement, 165 S., Abb., Bonn 2017, ISBN: 978-3-95861-591-5.

Mit dem vorliegenden typografisch gut gestalteten Ergänzungsband haben der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in enger Kooperation einen weiteren wesentlichen Beitrag zu einem nach wie vor nicht ausreichend erforschten Teilbereich der Geschichte der Arbeiterbewegung geleistet. Unter dem von Theo Pinkus (Antiquar, Bibliothekar, Sammler) stammenden Motto „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“, das bereits der ersten gemeinsamen Veröffentlichung den Titel gab (Bonn-Bad Godesberg 2009, 376 S., Abb., ISBN: 978-3-86872-105-8), liegen nunmehr fünfzehn biografische Skizzen zu sechzehn Persönlichkeiten vor, die sich um die Bewahrung, Aufbereitung und Verbreitung der dokumentarischen Überlieferung von Zeugnissen aus verschiedenen Abschnitten der Entwicklung der Arbeiterbewegung hocheinzuschätzende Ver-

dienste erworben haben. Zusammen mit den im 1. Band veröffentlichten Porträts können nunmehr insgesamt fünfundsiebzig biografische Skizzen präsentiert werden.

Im vorliegenden Supplement findet der Leser biografische Beiträge zu folgenden Persönlichkeiten: Eduard Backert, Emil Basner, Friedrich P. Kahlenberg, Werner Krause, Robert René und Jürgen Kuczynski, Inge Lammel, Hans Landauer, Arthur Lehning, Bona Peiser, Agnes F. Peterson, Amalie Pinkus-De Sassi, Ilse Schiel, Hans Stein und Hermann Weber. Aus Platzgründen kann der Rezensent nicht auf alle Beiträge eingehen. Doch zu einigen der biografischen Porträts möchte er seine Gedanken darlegen.

Im Kontext des informativen und inhaltlich ausgewogenen Beitrages von Günter Benser zu Friedrich P. Kahlenberg sowie des Beitrages von Andreas Herbst zu Hermann Weber werden zwei Persönlichkeiten gewürdigt, die sich im weitesten Sinne für die Sicherung und die fachgerechte wissenschaftliche Aufbereitung der in der DDR vorhandenen Quellen staatlicher Provenienz sowie des Schriftguts und der Bibliotheken der Parteien und Massenorganisationen aktiv einsetzten. Bereits im Juli 1990 – also noch vor dem Beitritt der DDR zur BRD – äußerten sich Prof. Dr. Ludolf Herbst (Institut für Zeitgeschichte, München), Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Bundesarchiv Koblenz) und Prof. Dr. Hermann Weber (Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim) in dem gemein-

sam unterzeichneten Beitrag „Aufgaben und Perspektiven der zeitgeschichtlichen Forschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR“ (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München, 38. Jg., Juli 1990, H. 3, S. 509– 514) zu aktuellen Aufgaben der Sicherung des Archiv- und Bibliotheksguts insbesondere der Parteien und Massenorganisationen wie folgt: „Besondere Bedeutung kommt auch der Sicherung des Schrift- und sonstigen Dokumentationsgutes der Parteien und Massenorganisationen der DDR – seien sie aufgelöst, umbenannt oder noch funktionstüchtig – im Hinblick auf die künftige zeitgeschichtliche Forschung zur Geschichte der DDR zu.“ (a. a. O., S. 512) Nachdrücklich verlangen sie: „Für die Sicherung und Archivierung des Schriftguts der Parteien und Massenorganisationen der DDR sind außerordentliche Schritte erforderlich, die möglichst umgehend getan werden müssen, denn dieses für die Forschung wertvolle Schriftgut wird zur Zeit nicht immer sachgerecht aufbewahrt und ist in manchen Fällen davon bedroht, in alle Winde zerstreut, verkauft oder gar vernichtet zu werden.“ (ebenda.) Die unterzeichneten Institute schlagen deshalb die sofortige Bildung eines Sonderstabes von Archivaren vor, der bis zur Herbeiführung einer endgültigen Lösung die vorübergehende Sicherung dieses Schriftguts mit Nachdruck zu betreiben hätte. Darüber hinaus unterbreiten die Autoren in ihrem Beitrag eine Reihe spezifischer Vorschläge, damit die vorgenannte Zielstellung umgesetzt werden kann. Aus heutiger Sicht kann konstatiert werden, dass diese genann-

ten Persönlichkeiten durch ihre hohe fachliche Autorität und ihren persönlichen Einsatz maßgeblich mit dazu beigetragen haben, dass mit der SAPMO eine bedeutsame Einrichtung im Archivwesen der Bundesrepublik entstanden ist. In diesem Zusammenhang halte ich es für geboten, in Fortsetzung der vorliegenden Publikation auch das sehr verdienstvolle Wirken einer weiteren Persönlichkeit – nämlich des Gründungsvorsitzenden unseres Förderkreises, Henryk Skrzypczak – umfassend zu würdigen.

Wenden wir uns nun zwei weiteren gehaltvollen biografische Skizzen zu, der von Agnieszka Brockmann zu den herausragenden Wissenschaftlern Robert René und Jürgen Kuczynski mit einer von Generationen gepflegten Gelehrtenbibliothek und der von Rainer Holze zu Emil Basner, der neben seiner Tätigkeit als führender Gewerkschaftsfunktionär und sozialdemokratischer Berliner Abgeordneter ein leidenschaftlichen Sammler von umfangreichem und wichtigem Schriftgut und von Literatur zur Geschichte der sozialistischen und anarchistischen Arbeiterbewegung von Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg war. Beide Beiträge weisen dezidiert auf eine spezielle Quellenüberlieferung vornehmlich in großen Bibliotheken (wie hier auf die Zentral- und Landesbibliothek Berlin), aber auch in speziellen wissenschaftlichen Institutionen hin (z. B. im Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin oder im Zentrum für Zeithistorische Forschung e. V., Potsdam) hin, die für die Erarbeitung weiterer biografischer Skizzen mit gleichartiger Thematik Berücksichtigung

finden sollten. In beiden Fällen basieren die Ausführungen der beiden Autoren nicht zuletzt auf Überlieferungen, die in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin als „Historische Sammlung“ aufgestellt werden. Als solche oder häufiger als Sondersammlung werden in Bibliotheken Bestände (Bibliotheksbestände oftmals auch mit archivalischer Überlieferung angereichert) bezeichnet, deren Hauptmerkmal die gesonderte Aufstellung außerhalb der übrigen Bibliotheksbestände nach ihrer Provenienz (Herkunft) ist. Oftmals gehen die hervorgehobenen Sammlungen auf besondere Ereignisse in der Geschichte der Bibliothek zurück (z. B. auf eine Schenkung, ein Vermächtnis oder einen besonderen Ankauf durch die Bibliothek wie hier in beiden Fällen). Beide Beiträge belegen überzeugend, dass „Sondersammlungen“ oder auch „Historische Sammlungen“ einen erheblichen Quellenwert für die Forschung haben und andere Quellen (Literatur und archivalische Quellen) ergänzen. Derartige Überlieferungen sind für Bibliotheken im Bundesgebiet im „Handbuch der Historischen Buchbestände“ aufgeführt. In einzelnen Fällen sind auch für einzelne ausländische Staaten (so zum Beispiel Österreich) in gesonderten Bänden Bibliotheken, die über Sondersammlungen/Historische Sammlungen deutschsprachiger Literatur verfügen, aufgeführt. Nach dem aktuellen Stand geben die Adressen der Internetportale der Bibliotheken Auskunft über Inhalt und Umfang derartiger „Historischer Sammlungen“ oder „Sondersammlungen“. Als Beispiel sei hier folgendes Portal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin angeführt:

<https://www.zlb.de/fachinformation/spezi- albereiche/historische- sammlungen/sammlungsuebersicht.html>

Die Beiträge zu Inge Lammel von Günter Benser, zu Hans Landauer von Dagmar Goldbeck und zu Ilse Schiel von Elisabeth Ittershagen sind insofern von besonderem Interesse, da die von den Autoren porträtierten Persönlichkeiten in ihrer Tätigkeit besondere Quellengruppen (spezifische Überlieferungen aus dem Bereich der Musik, Kombination von Unterlagen verschiedenster Art wie autobiografische Texte, Kopien amtlicher Dokumente, Fotos, Briefe, Zeitungsartikel, Erinnerungen von Zeitzeugen) erfassten, sicherten, aufbewahrten und in verschiedenster Art und Weise selbst verwerteten oder zur Nutzung anboten. Damit wird auch eine Anregung Ingo Maternas, auch Archivare, Bibliothekare und Sammler zu berücksichtigen, die in Museen, aber auch in Archiven, Bibliotheken und anderen Institutionen sich besonderen Quellengruppen widmeten, aufgegriffen. (Vgl. JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2010/III, S. 168 ff.).

Es ist sehr zu begrüßen, dass G. Benser der langjährigen Leiterin und eigentlichen Begründerin des Arbeiterliedarchivs in der Akademie der Künste der DDR eine derartig subtile Würdigung ihres Schaffens zu teil werden lässt. Dass Inge Lammel letztendlich ihren persönlichen Nachlass nicht der Stiftung der Akademie der Künste, Berlin anvertraute, sondern der Bibliothek des Zentrums für Populäre Kultur und Musik-Forschungszentrum der Albert-Ludwig-Universität Freiburg, das aus

dem 1914 gegründeten Volksliederarchiv hervorgegangen ist, ist bedauerlich. Gründe kann auch der Autor nicht angeben. Sicherlich hat es nicht an der zu Lebzeiten I. Lammels wirkenden Direktion der Stiftung gelegen, die sich insbesondere in der Person ihres Direktors intensiv um die Sicherung von Archivgut von Kulturinstitutionen der DDR und um relevante Nachlässe von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens der DDR bemühte. Die Einstellung der Sammlungs- und Erschließungstätigkeit des Arbeiterliedarchivs gehört wie auch die Einstellung der von der Akademie der Künste der DDR mitgetragenen Veröffentlichungsreihen aus der DDR zu dem höheren Orts vorgegebenen Mainstream, der sich auch Fachkompetenz unterzuordnen hatte.

Dagmar Goldbeck porträtiert mit der Skizze zu Hans Landauer die Lebensgeschichte eines Österreicherers, der in die Kämpfe der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 eingebunden war und der erst nach der Beendigung seiner Berufstätigkeit sich im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien als Archivar dem Aufbau einer Spezialsammlung über den Anteil österreichischer Antifaschisten am Spanischen Bürgerkrieg widmen konnte. Innerhalb von zwei Jahrzehnten entstand durch seine beispielhaften Recherchen in Österreich und in anderen europäischen Ländern eine umfangreiche Spezialsammlung, in der verschiedene Quellengruppen erfasst waren: autobiografische Texte, Kopien amtlicher Dokumente, Fotos, Briefe, Presseveröffentlichungen u. a. m.). Die Ergebnisse sei-

ner umfangreichen Recherchen fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Veröffentlichungen, deren bedeutendste und beispielhafteste sein mit Erich Hackl verfasstes „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939“ (Wien 2003, verb. u. verm. Aufl. Wien 2008) ist. Vom Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes liegt nunmehr auch eine aktualisierte und erweiterte Online-Veröffentlichung vor.

Der von Elisabeth Ittershagen verfasste Beitrag zu Ilse Schiel, langjährige Leiterin des Sektors Erinnerungen im Zentralen Parteiarchiv der SED zeichnet ein sehr persönliches Bild von deren Leben und Wirken, als ein sehr gutes Beispiel für die Möglichkeiten der persönlichen und fachlichen Entwicklung der Frauen in der DDR. 1982 promovierte I. Schiel zu einem Thema ihres Arbeitsbereiches. Sie leistete einen großen Beitrag zu dessen wissenschaftlicher Qualifizierung. Das Thema Erinnerungen beschäftigte sie intensiv auch nach ihrem Ruhestand im Jahre 1984. Dank ihres fachlichen Einsatzes lagen bis 1992 ca. 2280 Lebenserinnerungen und Erinnerungsbeiträge im Bestand Erinnerungen des Archivs der SAPMO vor. Es handelt sich um eine spezielle Quellengruppe, die vor allem die Nachlassüberlieferung der Stiftung von Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der DDR ergänzt. Zum Teil sind auch in den Nachlässen weitere Erinnerungen vorhanden. Thematisch beinhaltet die Quellengruppe Aussagen zu Ereignissen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zum antifaschistischen Widerstandskampf gegen die NS-Diktatur, zur deut-

schen Emigration sowie zu einzelnen Entwicklungsetappen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Zahlreiche Lebensbilder und Erinnerungsberichte fanden Eingang in zahlreiche Publikationen, waren eine wichtige Quelle bei deren Erarbeitung, wie E. Ittershagen in ihrer biografischen Skizze verdeutlicht. Deren Umfang wäre sicher gesprengt worden, wenn die Autorin noch auf weitere den Leser interessierende Aspekte eingegangen wäre, wie etwa auf die methodischen Richtlinien für die Erarbeitung von Erinnerungsberichten, die Auswahl der Persönlichkeiten (hier z. B. auf die Abgrenzung des Sektors Erinnerungen im Zentralen Parteiarchiv zu Bezirks- und Kreisgeschichtskommissionen bei der Zeitzeugenbefragung, denn auch in den Beständen der Bezirksparteiarchive – heute in den Landeshauptarchiven wie z. B. im Landeshauptarchiv Potsdam – sind derartige Überlieferungen nachweisbar), auf die Formen der Überlieferung (Printfassung, Tonbandaufzeichnung, ggf. Fotüberlieferung von Zeitzeugen, auf Kriterien der Veröffentlichung von Zeitzeugenberichten und ähnliches mehr. Daher sei an dieser Stelle auf den Beitrag der deutsch-französischen Historikerin Beate Vierneisel „Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED“ in dem von Martin Sabrow herausgegebenen Band „Verwaltete Vergangenheit“ (Leipzig 1997, S. 117–144) aufmerksam gemacht. Die Verfasserin wertete neben Akten im Bundesarchiv auch gründlich die Dissertation von Ilse Schiel aus und berücksichtigte ausführlich die Ergebnisse ei-

nes Gesprächs mit ihr am 26. Februar 1997.

Abschließend möchte ich noch auf die aufschlussreiche und anregende Skizze von Heinz Deutschland zu Heinz Peter, langjähriger Leiter der Zentralbibliothek der Gewerkschaften in Berlin, eingehen. Unter dessen Leitung entwickelte sich diese Bibliothek zu einer Spezialbibliothek für die Geschichte der Gewerkschaften und der Sozialpolitik in Deutschland. Die Bestände dieser Fachbibliothek fanden nach 1990 Eingang in die Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin. Der Autor verweist u. a. auch nachdrücklich darauf, dass sich H. Peter im Rahmen eigener Recherchen mit der Sammlung von Materialien zur Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbibliotheken sowie zu Biografien von Bibliothekaren der Arbeiterbewegung befasste und diese zu umfangreichen Dossiers zusammengestellt hat. Der Rezensent regt an, diese erfassten Quellen als Ausgangspunkt bei der Erarbeitung und Veröffentlichung biografischer Studien und Beiträge zur Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu nutzen, als Ergänzung zu den im 1. Band und im Supplement veröffentlichten Skizzen. Wünschenswert wäre es, wenn im Anhang außer dem wiederum sehr sorgfältig erarbeiteten Personenregister von Birgid Leske auch ein Institutionsregister enthalten wäre, da wie bereits im 1. Band eine Vielzahl von Institutionen aufgeführt wird, die verschiedenen porträtierten Persönlichkeiten zuzuordnen sind und damit zusätzliche Informationen bilden würden.

Dank den Herausgebern, den beiden Kooperationspartnern und nicht zuletzt auch den Autorinnen und Autoren für ihre verdienstvolle Arbeit.

Kurt Metschies

Günter Benser: Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss. Es bleibt eine offene Wunde oder Warum tickt der Osten anders? verlag im park, , 200 S., Berlin 2018, ISBN 978-3-947094-11-0

Als im Juni 2017 Altkanzler Helmut Kohl verstarb, wurde er an seinem Grabe als Wegbereiter eines vereinten Europas und mehr noch als Bahnbrecher und Weichensteller der deutschen Einheit gerühmt. Toten wird in unserer Kultur fast ausschließlich Gutes nachgesagt. Benser spricht Kohl historische Größe nicht ab. Aber einen Giganten mag er ihn nicht nennen, weil die Welt inzwischen aus den Fugen geraten ist. Die Spuren, die Kohl zog, können so tief nicht gewesen sein oder aber die Lobredner haben viel von Kohls Erbe verspielt. Benser meint, dass Beides zutrifft, das Erste mehr noch als das Zweite.

Die um den Kanzler gescharten Schmiede der deutschen Einheit beriefen sich allzeit auf die Phrase, dass es zu ihrer Unterwerfungs- und Kolonisierungspolitik keine Alternative gegeben habe. Dem widerspricht Benser ganz entschieden. Alternativen habe es immer gegeben. Negative sowieso. Aber bei gründlicherem Nachdenken ließen sich auch optimalere Varianten finden und realisieren. Gestützt auf die zu die-

sem Thema bereits vorliegenden Sachbücher bemüht sich der Autor um eine kompakte Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Frage, welche Chancen seinerzeit vertan wurden.

Zunächst fragt er danach, warum die Reformen in der DDR des Herbstes 1989 von der Regierung Kohl nicht dadurch unterstützt wurden, dass auch der Reformstau der alten Bundesrepublik abgebaut wurde. Das wäre eine bedeutende Unterstützung für den Aufbruch im Osten gewesen. Der Kurs auf Einverleibung, den Kohl für alternativlos hielt, war hingegen kontraproduktiv.

Der Autor erinnert an die Erstarrung der SED-Führung, die völlig unfähig zum Dialog und zu einer Neubestimmung ihrer Politik war. Als Beispiel wird das Juni-Heft 1989 der theoretischen Zeitschrift „Einheit“ mit dem Titel „Sozialismus in den Farben der DDR“ angeführt, das auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR ausgerichtet war. Nichts stand darin zu einer kritischen Bestandsaufnahme. Haupttenor war: Weiter vorwärts auf bewährtem Wege. Was von den Oberen der SED unternommen wurde, war in der Regel kontraproduktiv, so z.B. das dem Postminister Rudolph Schulz unterschobene „Sputnik-Verbot“, weil der Sputnik kritische Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Internationale veröffentlicht hatte. Beim Umtausch der Parteidokumente kam es zu der Kampfansage gegen „ständige Nörgler, Miesmacher, Zweifler und ... Besserwisser“. Was von Oben kam, bedeutete nichts anders als Öl ins Feuer gießen. So wenn verkündet wurde, dass den „Flüchtlingen keine Träne nachgeweint“ werden müsse.

Dass es aber auch eine starke Bewegung der SED-Basis gegen ihre Führung gab, was sehr zum friedlichen Verlauf des Herbstes 1989 beitrug, wird im Westen in der Regel übersehen.

Benser schlägt den Bogen von der chaotischen Maueröffnung über die abgebrochenen Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft bis zur Sturzgeburt der deutschen Einheit. Sehr gut gelungen sind seine Passagen über die Unfähigkeit sowohl der SPD als auch Gorbatschows, der Anschlusspolitik Kohls etwas entgegenzusetzen. Faktenreich und objektiv werden die Themen Abwicklung, Siegerjustiz und Bundestagsenquete dargestellt. Auf die Schätzung von Peter-Michael Diestel wird hingewiesen, dass beim Anschluss der DDR etwa 300 Menschen in den Suizid getrieben wurden. In dem Abschnitt über den Zwei plus Vier Vertrag arbeitet Benser die unterschiedlichen Haltungen von Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite und der USA und der UdSSR auf der anderen Seite heraus. Verdeutlicht wird, dass die USA und die UdSSR sich schon im Februar 1990 über die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland geeinigt hatten. Als Problem wird aufgeworfen, dass Zwei plus Vier an die Stelle eines Friedensvertrages trat, was für solche Länder wie Griechenland, Polen und andere die Reparationsfrage ungelöst ließ. Auch die von Bremer Wissenschaftlern unter Arno Peters aufgeworfene Frage eines innerdeutschen Reparationsausgleichs blieb ausgeklammert. Ebenso wurde auf die in letzter Zeit erörterte Frage der eingeschränkten Souveränität

(„Kanzlerakte“) des vereinigten Landes nicht eingegangen.

Im Schlusskapitel äußert Benser Verständnis dafür, dass die Macher der Einheit ihr Werk loben. Dies sähen allerdings zahlreiche Ostdeutsche anders, die sich um ihre Lebensleistung betrogen fühlen oder die für sich keine tragfähige Perspektive mehr zu erkennen vermögen. Im Osten gehörten allzu viele zu den Abgehängten, Benachteiligten, Ausgegrenzten und Gedemütigten. Aber auch Westdeutsche bekamen mit einer Phasenverschiebung die Folgen der Anschlusspolitik zu spüren. Sie hatten die Kosten des ruinösen Umgangs mit der ostdeutschen Wirtschaft mitzutragen. Die Spaltung der deutschen Gesellschaft sei seit den 90er Jahren tiefer geworden. Es finde eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in Arme und Reiche statt. Das sei zwar ein gesamtdeutsche Phänomen, tritt aber im Osten verschärft in Erscheinung als Einkommensrückstand, geringere Vermögensausstattung, höhere Arbeitslosenquoten, längere Arbeitszeiten und verfestigte Armut. Die Selbstzufriedenheit über die deutsche Einheit und das Eigenlob ihrer Vollstrecker sei gefährlich einschläfernd. Die zu konstatierende Stagnation könne nur in einer Sackgasse enden.

Siegfried Prokop